

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 Mk., für 1 Monat 1.35 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — **Postkonto** Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18003.

Anserte kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 35 Pfg., bei Plagvorschrift 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — **Schluss** der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — **Postkonto** Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die holländische Krise.

Zwischenpiele.

Ein sehr bemerkenswerter Artikel bringt das sechsen erscheinende Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 11 vom 16. März). Der Artikel stammt von dem Landgerichtsrat W. Kulemann, der vor dem Kriege einige Jahre über die Arbeiter- und Angestelltenbewegung veröffentlicht hat. Der Aufsatz wurde vom Verfasser zwei bürgerlichen Tageszeitungen, darunter der Vossischen Zeitung, angeboten, von diesen aber abgelehnt. Die Redaktion des Korrespondenzblattes hat daraufhin Herrn Kulemann gebeten, den Artikel bei sich abdrucken zu dürfen, und dieser Bitte ist er bereitwillig nachgekommen. Man darf also annehmen, daß die Generalkommission mit den Auffassungen des Herrn Kulemann durchaus übereinstimmt. Kulemann nennt den Streik im Januar einen Verrat am Vaterland, man solle deswegen aber die Regierungsozialisten nicht verurteilen, daß sie die Führung des Streiks zu übernehmen gesucht haben. Sie seien bisher ehrlich bemüht gewesen, positiv mitzuarbeiten; ebenso sicher sei es, daß ihnen der Streik im höchsten Maße unerwünscht kam, so, daß sie ihn innerlich mißbilligt und gern verhindern hätten würden. Zur Entschuldigung der Regierungsozialisten sagt dann Kulemann:

Es ist ein alter und richtiger Satz, daß man nur dann auf eine Bewegung einwirken kann, wenn man nicht außerhalb, sondern innerhalb steht. Steht man, daß ein Schiff in Gefahr ist, einen falschen Kurs zu steuern, so darf man nicht, am Ufer stehend, gute Ratsschläge geben, sondern muß hineinpringen und sich des Steuerbemanns bemächtigen. Nach dieser Regel hat die Sozialdemokratie gehandelt, und sie hat es getan in der Absicht, dem Vaterland zu nützen. Das sollten selbst diejenigen anerkennen, die ein andres Verfahren für besser gehalten hätten, denn das Urteil über Recht oder Unrecht eines Menschen kann nur nach dessen eigener Absicht bestimmt werden.

Noch an einer andern Stelle seines Artikels sagt Kulemann, daß die Regierungsozialisten gar nicht anders hätten handeln können, als daß sie auf den Verlauf des Streiks einen maßgebenden Einfluß zu gewinnen suchten. Es wird also nicht mehr angehen, wie es die Altparteien und selbst die Blockgenossen der Scheidemänner getan haben, die Regierungsozialisten mit den streikenden Arbeitern auf eine Stufe zu stellen und sie gar des Landesverrats zu beschuldigen. Es ist ihnen nicht darauf angekommen, daß schließlich jetzt Kulemann und das Korrespondenzblatt, die Forderungen der Arbeiter zu unterstützen und an deren Durchsetzung zu helfen, sondern die Streikbewegung, wie man früher zu sagen pflegte, abzuwürgen.

Es fiel ein Reif in der Frühlingssnacht. In den hysterischen Jubel der Abhängigen über den Ausfall der Wahl in Niederbarnim bringen nichtsnöndige Jaastimmen aus den höchsten Instanzenkreisen. Welche Kreise der Abhängigen wollen die bisher betriebene Kriegspolitik nicht länger mitmachen. Man ist sich nur nicht im Klaren, was eigentlich geschehen soll. Klar über die Lage sind sich eigentlich nur die Herren, die das Volk bisher am eifrigsten „aufzuklären“, das heißt demagogisch zu verwirren sich bemüht waren. Sie wissen, daß sie mit der bisherigen Politik die Massen nicht länger an sich zu fesseln vermögen, trotz des anscheinend so glänzenden Wahlergebnisse von Niederbarnim. Sie wissen, daß die Massen, auf die sie sich heute noch berufen, ihnen davonlaufen, wenn ihnen erst einmal die Wahrheit nahegebracht werden kann, denn das Rückgrat der alten Sozialdemokratie waren bisher nicht die unorganisierten und von Stimmungen leicht beeinflussbaren Reichstagswähler, sondern die Arbeiter, die sich in den Organisationen zusammengefunden und der Partei auch über den Wahltag hinaus ideale und materielle Hilfe leisteten. In den Organisationen der Regierungsozialisten steht es aber sehr trübe aus. Das brachte in einer Sitzung des Parteiaussschusses der abhängigen Partei, die am Schlusse der vorigen Woche in Berlin stattfand, Herr Otto Braun deutlich zum Ausdruck. Er führte nach dem kurzen Bericht des Vorwärts den Nachweis, daß der Krieg auf die Finanzen der Partei außerordentlich ungünstig eingewirkt habe. In manchen Bezirken habe man den Ernst der Lage nicht klar erkannt. Er führte dann aus:

Der wundeste Punkt aber ist, daß die Beitragszahlung nicht mehr so knapp, wie es auch unter den Kriegsverhältnissen verlangt werden könnte. Eine Reihe von Bezirken haben ihre Abrechnungen nicht eingekandt und auch mit der Einreichung der Situationsberichte hapert es. Wenn wir dies bemängeln, so verkennen wir nicht die Wirkungen des durch den Krieg hervorgerufenen Mangels an Kräften. Aber wir müssen auch die Genossen draußen bitten, an herbeizutreten,

daß hier der Punkt liegt, um den sich unsere zukünftige Werbearbeit und unsere Zukunftshoffnungen drehen.

Diese Sorge um die von dem Einfluß von Geldern abhängigen Zukunftshoffnungen hat offenbar auch die übrige Sitzung des Parteiaussschusses beherrscht. Herr Ebert erstattete ein Referat über die politische Lage, über das der Vorwärts mit wenigen Worten berichtet; er fügt hinzu, daß nicht die Absicht vorgelegen habe, das Ergebnis der Aussprache in einem Beschluß des Parteiaussschusses zusammenzufassen. Dann sagt noch das Blatt:

Die Ansicht des Ausschusses kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Reichstagsfraktion insbesondere in den großen politischen Fragen bisher so entschieden hat, wie es das Interesse der Arbeiterklasse erfordert. Am Schlusse der Aussprache erklärte Genosse Ebert, daß die Auffassungen, die in Bezug auf die kommenden Entscheidungen in der Sitzung des Parteiaussschusses zutage getreten seien, der Fraktion vorgetragen und vor der Entscheidung ernste Prüfung erfahren würden.

Diese Erklärung ist dunkel wie ein ostarischer Orakelspruch. Und wir wollen uns auch nicht die Mühe kosten lassen, ihn auslegen zu wollen. Hervorzuheben ist nur das eine: Als es sich um die wichtigsten Interessen der Gesamtpartei handelte, als es darum ging, die Spaltung der Partei zu verhindern, da hielten die Instanzenpolitiker sich nicht veranlaßt, mit ihrem Urteil zurückzuhalten. Dementsprechend, es es galt, die den Unlernern unangenehmen oppositionellen Elemente aus der Partei hinauszudrängen, schenkte man nicht bavor zurück, Urteile zu fällen und deren Ausführung dem Parteivorstand zu übertragen. Der Parteiaussschuß brach damals mit voller Wucht die bisherigen Gesetze der Partei, schuf ohne den Schalten eines Reichspräsidenten neue Bestimmungen und beauftragte den Parteivorstand, das Weitere zu veranlassen. Diesmal aber, wo man vielleicht den Herren von der Generalkommission und den Anexionisten in der Fraktion, die entweder über die gekillten Geldklassen oder die guten Beziehungen zu Regierung und bürgerlichen Parteien verfügen, zu nahe treten könnte, schenkt man davor zurück, durch einen Beschluß des Parteiaussschusses der Reichstagsfraktion in ihren Entschlüssen vorzugreifen. Man hat damit zweierlei erreicht. Erstens gewinnt man noch einige Tage für den Strohhaufenkampf in Niederbarnim; denn es könnte doch manche Arbeiterwähler stutzig machen, wenn sie jetzt hören müßten, daß trotz allem, was in der früheren und in der inneren Politik in der letzten Zeit geschehen ist, die Instanzen der Regierungsozialisten entschlossen sind, dieser Politik auch fernerehin noch ihre volle Unterstützung zu geben. Zweitens aber, wenn die abhängige Fraktion trotz den Gewaltfriedensschlüssen gegen Rußland und Rumänien, trotz den offenen Anexionen im Osten die Regierungspolitik auch weiter materiell unterstützen wird, kann späterhin der Parteiaussschuß erklären, daß er daran unschuldig sei.

Die Anwerbung russisch-polnischer Landarbeiter.

Die wirtschaftliche Ausnutzung der im Ostriecken von Rußland losgerissenen Gebiete ist Deutschland durch den Friedensvertrag ausdrücklich zugestanden worden. Davon wird der ausgiebigste Gebrauch gemacht, indem nicht nur Waren aus diesem Gebiet nach Deutschland exportiert werden sollen, sondern auch Arbeitskräfte. Der Import von Arbeitskräften nach Deutschland hat bereits nach der Befehung dieser Gebiete durch deutsche Truppen begonnen. Aus Polen sind schon seit mehr als Jahresfrist landwirtschaftliche Arbeiter nach Deutschland eingeführt worden. In welchem Umfange und mit welchen Mitteln das geschieht, darüber gibt ein Artikel in der Sächsischen Landwirtschaftlichen Zeitschrift, dem Amtsblatt des Landeslandrats, Aufschluß. Es heißt darin:

Die Beschaffung russisch-polnischer Landarbeiter wird immer schwieriger. Durch die stete Anwerbung in den an sich schon nicht zu vollreich besetzten Gebieten sind manche Gegenden Polens bereits dermaßen in Anspruch genommen worden, daß es dort fast nichts mehr anzuwerben gibt.

Um so mehr muß man anerkennen, daß die deutsche Arbeiterzentrale bemüht bleibt, landwirtschaftliche Arbeiter zu vermitteln. In dem Zwecke leitet sie jetzt die Anwerbung in der gut besetzten Ukraine ein, und es ist zu erwarten, daß von dort her die Zuweisung geeigneter Arbeiter recht bald erfolgt.

Vorläufig wird man allerdings noch geneigt sein, diese Hilfe aus der Ukraine, natürlich Friedensstands, auf dem Dache zu bewerkeln. Den Sperling in der Hand hat, wer über einen durchaus zuverlässigen polnischen Arbeiter verfügt. Verpflichtet sich der Mann, zum Dank für eine ihm bewilligte Beurteilung und gegen eine mäßige Vergütung, die gewünschte Anzahl von Arbeitern in

seiner Heimat anzuwerben, so ist damit zur Zeit die größte Wahrscheinlichkeit gegeben, Leute zu bekommen.

Das Zugeständnis, daß Polen bereits so entvölkert ist, daß es dort nur noch wenig zu holen gibt, ist ebenso wertvoll, wie das Geständnis, daß man in den Kreisen der Agrarier an einen baldigen Export aus der Ukraine nicht so recht glaubt. Dafür soll Polen noch weiter entvölkert werden. Diese polnischen Arbeiter erfahren bei den sächsischen Agrariern eine Behandlung, die fast an moderne Sklaverei grenzt. Diese Arbeiter, die die Agrarier aus dem Osten nach Deutschland ziehen, werden außerordentlich gering entlohnt. Sie bleiben dazu, die Höhe des Lohnes der landwirtschaftlichen Arbeiter im allgemeinen zu drücken und vergrößern die Kriegsgewinne der Agrarier. Auch nach dem Kriege werden die Agrarier diese Arbeitskräfte beibehalten wollen. Selbstverständlich schädigt dieser Import die Gebiete im Osten, aus denen die Arbeitskräfte herangezogen werden.

Die Verwirrung im Osten.

In dem von Rußland losgerissenen Gebiet herrscht arg verwickelte staatliche Verwirrung. Von einer Konsolidation der Verhältnisse ist noch keine Spur zu entdecken. Von den Wirren, die die Schaffung der von Deutschland geplanten Vasallenstaaten im Osten hervorgerufen muß, hat nach dem Abschluß des Ukraine-Friedens die Differenz mit den Polen wegen der Frage des Cholmer Landes ein bezeichnendes Beispiel gegeben. Heute haben sich ähnliche Differenzen zwischen all den Völkern herausgestellt, denen Deutschland in der einen oder in der andern Form staatliche Selbstständigkeit unter deutscher Kontrolle geben will. Heute gibt es einen Komplex von Ostfragen, der nicht weniger als sechs Teilprobleme umfaßt: ein litauisches Problem, ein livländisches, ein estländisches, ein litauisches, ein weißruthenisches und ein polnisches Problem.

Die deutsche Regierung ist an die Lösung dieser Probleme gegangen, indem sie zunächst Litauen als unabhängiges Herzogtum anerkannt hat. Die Folge davon ist ein, wenn auch sehr gemäßigter Protest der Letten gewesen, die sich dagegen verwahren, daß Litauen sofort eine besondere Staatsform erhält, bevor es mit Livland und Estland vereinigt worden ist. Die herrschenden Klassen in Litauen, Livland und Estland sind sich einig darüber, daß von einem baltischen Staatswesen Litauen ausgeschlossen sein müßte. Darüber bestehen keine Differenzen zwischen ihnen und den Litauern. Dennoch liegen auch hier Grenzstreitigkeiten vor. In Litauen ist für eine engere Verbindung mit Deutschland keine große Stimmung vorhanden. Daraus müssen sich ebenfalls Schwierigkeiten ergeben. Dazu kommen Differenzen zwischen den Litauern und den Polen, die beide Anspruch auf Grodno und Wilna erheben. Auf diese Gebiete erheben aber als Dritte auch die Weiß-Ruthenen Anspruch. Diese Weiß-Ruthenen, die ebenfalls nach einem selbstständigen Staatswesen von Smolensk bis Grodno streben, geraten nicht nur deshalb, sondern auch wegen des Gebietes von Winsk, das von polnischer Seite als Ausdehnungsgebiet betrachtet wird, in Konflikt, und obendrein noch mit der Ukraine wegen der Teile des Gouvernements Grodno, die im Ukraine-Frieden zu der Ukraine geschlagen worden sind.

Ein unentwirrbarer Nattenkönig von Ansprüchen: das ist das Bild der Lage im Osten. Dagegen können die Verhältnisse auf dem Balkan beinahe noch als wohlgeordnet bezeichnet werden. Bei diesen Ansprüchen handelt es sich keineswegs um den Willen der Gesamtbevölkerung, sondern um die Ansprüche der herrschenden Klassen. Die deutsche Regierung, die als oberste Instanz über das Schicksal dieser Gebiete endgültig zu entscheiden beansprucht, handelt nicht nach dem Willen der Bevölkerung, sondern sie handelt, wie ihr Machtinteresse es ihr vorschreibt. Sie nutzt diese Streitigkeiten zwischen den herrschenden Klassen der verschiedenen Gebiete aus, um sie desto sicherer beherrschen zu können. Jede staatliche Neugestaltung im Osten, die mit den Mitteln dieser Politik herbeigeführt wird, muß einen der Verteilungen vor den Kopf stoßen und damit neuen Konfliktstoff im Osten schaffen.

Die unheilbare Verwirrung im Osten, der sich die deutsche Regierung jetzt genähert, ist die schärfste Kritik des den Russen aufgezungenen Friedens von Brest-Litovsk. Er bringt nicht dauernden Frieden, sondern Konfliktstoff für künftige Zusammenstöße.

Die holländische Krise.

Die Ententeeregierungen haben an Holland die Forderung gestellt, die holländische Handelsflotte trotz des Unterseeboot-Krieges zur Verfügung der Entente zu stellen. Diese Forderung — ein Glied in der Kette der vielen Forderungen, die die Neutralen während des Krieges von den kriegführenden Mächten haben aushalten müssen, — ist eine Folge der Verminderung der Welttonnage durch den deutschen Unterseeboot-Krieg. Vom Standpunkt des vor dem Kriege geltenden Völkerrechts ist sie durchaus ungewöhnlich. Sie stützt sich nur auf die Gewalt. Die deutsche bürgerliche Presse bemerkt daher die Gelegenheit, um die schärfsten Angriffe gegen die brutale Gewaltspolitik der Entente zu richten.

An der Tat ist das Vorgehen der Entente Gewaltspolitik. Aber die bürgerliche Presse, die eben erst einstimmig die deutsche Politik im Osten gebilligt hat, hat keinerlei Recht, der andern Seite Gewaltpolitik vorzuwerfen. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Die Unterwerfung der Neutralen unter die Macht der kriegführenden Großmächte ist nicht die alleinige Schuld der jetzt Holland vergeblich ententegegnerischen Ententeeregierungen. Der deutsche Unterseeboot-Krieg hat Holland veranlaßt, zur Schonung seiner Handelsflotte den freien Verkehr auf dem Meere einzuschränken. Diese Einschränkung wurde erreicht durch die deutsche Versenkungsdrohung. Holland stand vor der Wahl: Einschränkung des Schiffsverkehrs oder Versenkung der das Sperrgebiet durchfahrenden Schiffe. Nun aber kommt die Gewaltandrohung der Entente hinzu, und so schwebt Holland zwischen der Senka der Versenkungsdrohung der deutschen Unterseeboote und der Charnobis ihrer Versenkung durch die deutschen Unterseeboote.

Die Gewaltpolitik der kriegführenden Mächte schädigt die Neutralen auf das Schwerste. Holland und Norwegen sind berechtigt, Besidele dafür. Norwegen, das infolge der geographischen Bedingungen seines Gebietes und der Gestaltung seiner Volkswirtschaft auf das Meer hinausgewiesen ist, hat trotz der Erklärung des Unterseeboot-Krieges durch Deutschland seine Schiffe durch das Sperrgebiet fahren lassen. Die Folge war, daß seine Handelsflotte gewaltig Verluste an Schiffen und Menschenleben erlitten hat. Holland hat — trotz ursprünglichen Protestes gegen den verschärften Unterseeboot-Krieg — seine Schiffe gesenkt. Die Folge ist, daß ihnen nun von der andern Seite Gefahr droht. Der Druck der Gewalt schädigt die Neutralen, mühen sie nun die eine oder die andre Haltung einzunehmen.

Die Entente bleibt unerbittlich.

Neuter erzählt, es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß die holländische Regierung sich bereit erklärt werde, ein Abkommen etwa auf der Grundlage des Ultimatums anzunehmen, aber unter der Voraussetzung, daß die holländischen Schiffe nicht in die Sperrzone gebracht würden. Natürlich würden die Alliierten nicht in der Lage sein, darauf einzugehen. (W. Z. B.)

Der Standpunkt der Entente.

London, 16. März. Nach Reuters Informationen beträgt die gesamte holländische Tonnage in den alliierten Häfen ungefähr eine Million Tonnen; davon sind etwa 70 Prozent in den Vereinigten Staaten, 15 Prozent in Großbritannien und 15 Prozent in den Häfen der andern Alliierten. Der Standpunkt der Alliierten hinsichtlich der niederländischen Schiffe wurde vergangene Woche mitgeteilt. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit wurde die Antwort für nächsten Montag verlangt. Es sollte betont werden, daß nicht der geringste Wunsch bestehe, Holland zu strafen. Die Alliierten bewachten nur, Schiffsraum in den Weltmärkten zu bringen, und zwar in der einwandfreiesten Weise. Es bestesse nicht der Wunsch, irgendeine unfreundliche Handlung vorzunehmen, doch seien die Alliierten bereit, die ihnen zustehenden Rechte auszuüben, wenn möglich im Wege der Vereinbarung, andernfalls durch rechtmäßige Gewalt. Man empfand, daß die Zeit gekommen sei, daß alle Völker der Welt sich zusammenschließen sollten, um Deutschlands Hungererzwingungsversuch gegen die Welt unwirksam zu machen. Es sei vollkommen klar, daß Deutschlands Angriff ein Anschlag auf den gesamten Weltmarkt sei; alle müßten sich dem widersetzen. Dies sei die Ansicht der Alliierten.

Hinsichtlich aller andern Fragen seien die Alliierten durchaus bereit, mit Holland weiter zu verhandeln. Hierin sei die Lage unverändert und Verhandlungen könnten jeden Augenblick wieder aufgenommen werden.

Wetfalls der Schiffsfrage erachteten es jedoch die Alliierten als äußerst ungerecht, daß die niederländischen Schiffe weiterhin von ihren Häfen und Warteplätzen Gebrauch machten, ohne das durch Gewährung von Schiffsraum zu vergelten, da doch alle feindlichen Anstrengungen darauf gerichtet seien, die Tonnage durch unerlaubte und unvernünftliche Mittel zu vermindern. Unter den jetzigen Umständen sei es klar, daß die unentschlossene Zurückhaltung der Zustimmung seitens der holländischen Regierung, die im Januar dieses Jahres erfolgte, und der die alliierten Regierungen zustimmten, tatsächlich eine Ablehnung enthalte; nach neun Wochen Wartetens sollten sich die alliierten Regierungen zu der Erklärung verpflichten, daß die im Januar gemachten Vorschläge nicht mehr auf die angestrebte Lage paßten. Die Alliierten seien jetzt nicht bereit, eine Verabredung über die Benutzung des holländischen Schiffsraums unter Ausschluß des Gefahrengebietes zu treffen; sie seien jedoch sehr sorgfältig bemüht, daß in keinem Falle Privatinteressen leiden sollten. Es sei klar, daß unter den vorgeschlagenen Vereinbarungen die privaten Interessen der Vereinigten Staaten es unternommen, Holland hinsichtlich seiner immer dringenderen Getreidebedürfnisse zu unterstützen. (W. Z. B.)

Eine deutsche Warnung.

Berlin, 17. März. (Antlich.) Die deutsche Regierung sieht sich infolge des Verhaltens der englischen Seestreitkräfte in dem von England erklärten Sperrgebiet um die deutsche Küste zu Maßnahmen gezwungen, die das Befahren dieses Gebietes für die neutrale Schifffahrt äußerst gefährlich machen. Die neutrale Schifffahrt wird deshalb hiermit eindringlich vor dem Befahren des Gebietes gewarnt unter Hinweis darauf, daß die deutsche Regierung für die Folgen keine Gewähr übernimmt, es sei denn, daß das Befahren in Übereinstimmung mit besonderen Anweisungen geschieht, die in jedem Einzelfall von der deutschen Seestreitführung eingeholt sind.

Die Grenze des in Frage stehenden Seegebietes verläuft von dem Schnittpunkt des Breitengrades 57° 8' N mit der britischen Hoheitsgrenze über die Punkte

57° 8' N 56° 0' N 54° 45' N 53° 20' N 53° 0' N
6° 0' O 5° 10' O 4° 17' O 4° 4' O 4° 10' O

nach dem Schnittpunkt des Breitengrades des 53° 8' N mit der holländischen Hoheitsgrenze. (W. Z. B.)

Sitzung des holländischen Ministerrats.

Amsterdam, 16. März. Wie die Mütter melden, tritt der Ministerrat heute abend zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, auf der die Frage der Unterhandlungen mit den alliierten Regierungen besprochen werden wird. (W. Z. B.)

Was tut Holland?

Haag, 18. März. Das Haager Het Vaderland teilt mit, daß die außerordentliche Kabinettsitzung von 7½ bis 12½ Uhr nachts dauerte; über die gefassten Beschlüsse, bezüglich die Antwort auf das Ultimatum der Entente, kommt nichts in die Öffentlichkeit. Es ist aber bezeichnend, daß Vaderland in seinem Leitartikel folgendes erklärt: Es wäre verständlich, wenn die Regierung nach dieser Bedrohung der vereinigten Regierungen es ablehnen würde, die Verhandlungen fortzusetzen und es glatt zurückweisen würde, in Verhandlungen einzutreten, die für Holland eine Bedrohung enthalten. Aber so, wie die Dinge nun einmal liegen, wäre es begreiflich, wenn die Regierung es versucht, eine Einigung zu erzielen. Wie wir annehmen, dürfte man einen Versuch in dieser Richtung unternommen haben.

Beschweizerische Mütter melden aus dem Haag, daß die Gesandten der Alliierten gestern sämtlich im Staatsministerium vortraten. Der niederländische Thronrat, der für Sonnabend still angelegt war, sei bereits freitags abgehalten worden. Als sein Ergebnis bezeichnen holländische Meldungen, daß die englisch-amerikanischen Forderungen nicht angenommen sind; daß jedoch Gegenanschläge an den Bierverband unterwegs sind. (Zelunion.)

Die englischen Schiffe in Holland.

Rotterdam, 16. März. Neue Rotterdamse Courant erzählt, daß die englischen Schiffe, die in niederländischen Häfen liegen, Befehl erhalten haben, unter Dampf zu bleiben, um auf Befehl sofort abfahren zu können. (W. Z. B.)

Die wirtschaftliche Lage in Holland.

Amsterdam, 16. März. Einem hiesigen Blatte zufolge werden ungefähr 50 Tabakfabriken von Montag an ihre Arbeit wegen Mangels an Rohstoffen einstellen. (W. Z. B.)

Verbot der Maisausfuhr aus den holländischen Kolonien.

Amsterdam, 16. März. Die Niederländische Regierung erfaßt aus Batavia, daß die Maisausfuhr verboten worden ist. (W. Z. B.)

Die Verhandlungen im Osten.

Die Cholmer Frage.

Berlin, 15. März. Am 4. März d. J. wurde in Brest-Litowsk von den zum Abschluß der Friedensverhandlungen mit Rußland dahin entsandten Bevollmächtigten der Viergrößmächte einerseits und den Delegierten der Ukrainischen Volksrepublik andererseits das bereits im österreichischen Abgeordnetenhaus angelegte Protokoll über die polnisch-ukrainische Grenze unterzeichnet, welches lautet wie folgt: Da Zweifel über die Auslegung des Artikels 2, Artikels 11 des am 8. Februar in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik andererseits geschlossenen Friedensvertrages entstanden sind, haben die Regierungen der genannten Mächte beschlossen, diese Zweifel durch eine ergänzende Erklärung zu beseitigen, und haben ihre zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsandten Bevollmächtigten (soweit die Auslegung der Bevollmächtigten) beauftragt, Folgendes zu erklären:

Zur Vermeidung von Mißverständnissen bei Auslegung des Artikels 2 des Artikels 11 des am 8. Februar 1918 in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik andererseits geschlossenen Friedensvertrages wird festgesetzt, daß die im zweiten Absatz dieser Vertragsbestimmung vorgesehene gemischte Kommission bei Festlegung der Grenze nicht gebildet werden soll, die Grenzlinie durch die Orte Pilgoraj, Szeczebrzyn, Krassnoslaw, Pugaszow, Radin, Meschiretsch, Sarnaki zu laufen, sondern das Recht besitzt, auf Grund des Artikels 11 Punkt 2 dieses Friedensvertrages die sich aus den ethnographischen Verhältnissen und Wünschen der Bevölkerung ergebende Grenze auch mittels der Linie Pilgoraj, Szeczebrzyn, Krassnoslaw, Pugaszow, Radin, Meschiretsch, Sarnaki zu führen.

Die erwähnte gemischte Kommission wird aus Vertretern der vertragschließenden Teile und aus Vertretern Polens gebildet werden, und es wird jede dieser Parteien die gleiche Anzahl von Delegierten zur Kommission entsenden. Die vertragschließenden Teile werden einvernehmlich bestimmen, in welchem Zeitpunkt diese Kommission zusammentreten wird. Ausgefertigt in fünfacher Urschrift in Brest-Litowsk am 4. März 1918. (W. Z. B.)

Unterbrechung der Verhandlungen mit Rumänien.

Bukarest, 16. März. Der rumänische erste Delegierte der Friedenskonferenz, Argetoianu, ist am Donnerstag verabschiedungsgemäß von Jassy nach Bukarest zurückgekehrt. Er hat den Delegierten der Zentralmächte mitgeteilt, das Ministerium Averescu habe aus innerpolitischen Gründen, die nichts mit der Friedensfrage zu tun hätten, bemittelt, ein neues Ministerium sei noch nicht gebildet. Da die Vorkämpfer der bisherigen rumänischen Delegierten infolge dieser Entwicklung hilflos geworden sind, ruhen zunächst die Hauptverhandlungen. Die Kommissionsberatungen der einzelnen Unterabteilungen der Friedenskonferenz werden fortgesetzt. (W. Z. B.)

Deutsche Truppen in Finnland.

Abgenommen.

Basel, 16. März. Nach einer Petersburger Spass-Meldung wurde die Stadt Abo von den Deutschen eine halbe Stunde lang bombardiert, weil die Rote Garde nicht kapitulieren wollte. Darum zog sich die Rote Garde zurück. Die Deutschen erbeuteten im Hafen von Abo drei russische Torpedoboote und einen Minensucher. Die Deutschen nähern sich der Stadt. (W. Z. B.)

Die Ueberlegenheit der Roten Garde.

Berlin, 16. März. Die zunehmende Ueberlegenheit der Roten Garde in Finnland wird immer fühlbarer, da sich dort ihre besten Teile befinden, die dauernde Munition, Geschütze und Jutag aus Peterburg erhalten. Der Munitionsmangel der finnischen Weißen Garde wird bedrohlich. Ohne baldige Hilfe ist die Herstellung der Ordnung in Finnland und die Beendigung der jetzigen Willkürherrschaft unmöglich. (W. Z. B.)

Die Resolutionen der sozialistischen Interalliiertenkonferenz.

(S.A.) Die sozialistische Interalliiertenkonferenz, die am 20. Februar in London zusammentrat, hat das Ergebnis ihrer Arbeiten in zwei Resolutionen niedergelegt, deren Wortlaut wir im folgenden veröffentlichen. Die erste Resolution beschäftigt sich mit dem Krieg und der Stellung der Entente-Sozialisten zum Kriege, die zweite mit den Friedensbedingungen und dem Aufbau der Welt nach dem Kriege.

I.

Der Krieg.

Die Interalliiertenkonferenz erklärt, daß, welches auch die Ursachen gewesen sind, die den Krieg herbeiführt haben, die Völker Europas, die naturwunderlich die hauptsächlichsten Opfer der Schrecken des Konfliktes sind, tatsächlich selbst keine Verantwortlichkeit dafür haben.

Die Konferenz sieht keinen Grund dafür, sich von der einstimmigen von der Konferenz der alliierten sozialistischen und Arbeiterparteien am 14. Februar 1915 angenommenen Erklärung zu trennen. (Es folgt noch einmal der Text dieser Erklärung.)

II.

Die Welt muß sicher für die Demokratie sein.

Welches auch die Ziele sein mögen, für die der Krieg unternommen wurde, so ist die Hauptabsicht der Interalliiertenkonferenz, indem sie die Fortsetzung des Kampfes annimmt, für die Zukunft der Demokratie alle Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.

Von allen Friedensbedingungen ist keine für die Völker der ganzen Welt so wichtig, als den Frieden so zu machen, daß es in Zukunft keinen Krieg mehr geben kann. Wer auch Sieger sein wird, die Sieger werden sich als die Unterlegenen fühlen, wenn man nicht ein internationales Regime aufrichtet, das dazu bestimmt ist, jeden Krieg zu verhindern. Das würde es helfen, das Recht der Völker, über sich selbst zu bestimmen, zu proklamieren, wenn dieses neuen Verleugungen ausgesetzt bliebe, wenn es nicht durch eine oberste internationale Macht geschützt würde, die nichts anderes sein kann, als die Gesellschaft der Nationen.

Nicht nur die gegenwärtig kriegführenden, sondern auch die andern souveränen und unabhängigen Staaten müssen aufgerufen werden, sie zu bilden.

Die so verstandene Gesellschaft der Nationen setzt die sofortige Errichtung eines internationalen Gerichtshofes voraus, nicht nur, um alle die Beschwerden zwischen den Staaten auszutragen, die auf dem Wege des gewöhnlichen juristischen Ganges gelöst werden können, sondern um eine schnelle und praktische Vermittlungsmethode bei Streitigkeiten zwischen den Staaten festzusetzen für Angelegenheiten, die sich aus der Macht und Ehre dieser Staaten ergeben.

Unter der Kontrolle der Gesellschaft der Nationen soll sich auch die Befragung der Völker vollziehen. Das Recht der Völker ist nur gültig durch die Abstimmung der Völker. Die Gesellschaft der Nationen muß die internationalen Verfassungen aufstellen, die Modifikationen regeln, durch die die Freiheit und die Aufrichtigkeit der Abstimmung gewährleistet werden; die individuellen politischen Rechte wiederherstellen, die infolge der Eroberung gestiftet haben werden; die Verträge der Proffion und der Korruption unterdrücken; die Verletzungsmahregeln aller Art verhindern, die, gegen wen es auch sei, nach der Abstimmung ausgeübt werden können.

Es wird endlich am Plage sein, eine internationale gesetzgebende Versammlung zu bilden, in der die Vertreter aller zivilisierten Länder ihren Sitz haben, so wie es angebracht sein wird, graduell und lebhaft eine internationale Gesetzgebung zu entwickeln, die bestimmt ist, alle daran teilnehmenden Staaten untereinander zu verbinden.

Durch eine feste Verpflichtung müssen alle Staaten, alle Völker, die zu diesem Zwecke befragt werden, die Versicherung geben, daß die Konflikte, die unter zwei oder mehreren von ihnen entstehen, dem so eingetragenen Schiedsgericht unterworfen werden.

Die Zurückweisung des Schiedsgerichts oder seiner Entscheidung wird der Beweis des vorherbedachten Angriffs sein, und alle Völker werden notwendigerweise mit allen ihnen zur Verfügung stehenden ökonomischen oder militärischen Mitteln gemeinsame Sache machen, gegen diesen oder jenen der Staaten, die sich weigern würden, den Schiedspruch anzuerkennen oder die den allgemeinen Friedensvertrag zu brechen wollten.

Aber die lokale Annahme der Regeln und Entscheidungen der internationalen Organisation beruht auf einer vollkommenen Demokratisierung in allen Ländern.

Ausschaltung aller absoluten Mächte, die bis jetzt verpfändet waren, zwischen Krieg und Frieden zu entscheiden; parlamentarische Versammlungen durch und für das souveräne Recht des Volkes gewählt; Abschaffung der Geheimdiplomatie, die einer auswärtigen Politik Platz macht, die der Kontrolle der gesetzgebenden Versammlungen unterliegt; Veröffentlichung aller Verträge, die niemals im Widerspruch stehen dürfen mit den Grundsätzen der Gesellschaft der Nationen, unbedingte Verantwortlichkeit der Regierungen und besonders der Minister der auswärtigen Angelegenheiten aller Länder vor ihren Parlamenten; nur eine solche Politik wird die sichere Abschaffung jeder Art Imperialismus gestalten.

Begleitet von einer solchen Verallgemeinerung der Demokratie, in einer Welt, wo die wirkungsvollen internationalen Garantien gegen jeden Angriff gesichert sind, wird die Gesellschaft der Nationen zu der vollkommenen Ausschaltung der Macht als Mittel internationaler Konflikte zu entscheiden gelangen.

Die Gesellschaft der Nationen muß bei der Vorbereitung der vereinbarten Abschaffung der militärischen Dienstpflicht in allen Ländern zuerst übergehen: 1. Zur Unterlegung neuer Auflagen zu Lande sowohl als zur See; 2. Selbst zur Begrenzung der Unterhaltung der Aufrüstungen, mit denen die Völker bereits überlastet sind; 3. zur Kontrolle der Rüstungsfabrikationen und zur Durchführung der Konventionen, die zu diesem Zweck erlassen werden. Die Staaten, die diese Fabriktionen selbst übernehmen, müssen die großen Privatfirmen radikal unterdrücken, die von den Aufrüstungen profitieren und die versucht sind, zugunsten ihres Gewinns zu manövrieren, um Kriegsandrohungen zu provozieren, und die ein Regime der auf die Vorbereitung von Kriegen hinauslaufenden Konkurrenz schaffen.

Die Nationen, die nur zu ihrer Verteidigung gerüstet sind, und für die Aktion, die unter Umständen die Gesellschaft der Nationen zur Verteidigung des internationalen Rechts einmal von ihnen verlangt kann, werden die Freiheit haben, unter internationaler Kontrolle ein freiwilliges Rekrutierungssystem einzurichten, oder auch die bewaffnete Nation außerhalb des Regimes der Reservistenarmeen und des langfristigen Militärdienstes zu organisieren.

Die sozialistische Interalliiertenkonferenz erklärt, daß unter Anwendung dieser allgemeinen Prinzipien die Grundlagen der Gesellschaft der Nationen ein integrierender Teil des Friedens selbst sein und als Ausgangspunkt bei der Regelung der Schwierigkeiten dienen muß.

In diesem Geist stimmt sie den von Herrn Wilson in seiner letzten Botschaft formulierten Bedingungen zu.

Erstens, jeder Teil der endgültigen Regelung muß auf der wirklichen Gerechtigkeit des besonderen Falles und auf den besten Vereinbarungen einen dauernden Frieden herbeiführen basieren.

Zweitens, die Völker und die Völkchen dürfen nicht Handelsgegenstand zwischen Herrschaft und Herrschaft sein, als ob sie einfache Objekte oder einfache Figuren eines Spiels, selbst des großen Spiels für immer diskreditierten Spiels des Gleichgewichts der Kräfte wären.

Sondern, drittens, jede territoriale Regelung, die sich an diesen Krieg schließt, muß im Interesse und zum Wohle der interessierten Bevölkerungen und nicht als Teil eines Kompromisses der Vergeltung zwischen rivalisierenden Staaten gemacht werden.

Viertens, alle wohlbegründeten nationalen Ansprüche müssen der vollständigen Befriedigung erhalten, die gewährt werden kann, ohne neue Elemente der Verstimmung oder des empfindlichen Gegenstandes einzuführen oder alte zu verlängern, die mit der Zeit den Frieden Europas und als Folge den der Welt brechen könnten.

Unterzeichnet ist das Manifest von F. Renaudel als Präsidenten der Kommission und Mac Donald als Schriftführer.

Die französischen und englischen Genossen erwarten eine Antwort der deutschen Genossen auf dieses Dokument. (Bz.)

Vom Tage.

Die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Weltkrieges ist in den letzten Tagen wieder lebhafter erörtert worden. Zunächst gab den Anlaß dazu die Enthüllung Wilsons über ein bisher nicht bekanntes Telegramm der deutschen Regierung an den französischen Vorkämpfer in Paris, von Schön. Am Sonnabend ist es im Hauptausschuß des Reichstages zu einer Debatte über die Schuldfrage gekommen. Im Vorberaumte des

Debatte stand eine Denkschrift des früheren deutschen Botschafters in London, des Herrn v. Lichnowski. Diese Denkschrift wendet sich scharf gegen die Politik, die von der deutschen Regierung vor dem Ausbruch des Weltkrieges wie beim Ausbruch selbst getrieben worden ist.

Ueber die Debatte im Hauptauschuß soll ein amtlicher Bericht erscheinen, dessen Veröffentlichung am Dienstag erfolgen soll. Es handelt sich dabei um bedeutende Enthüllungen, die keineswegs nurgerade als Geschwätz abgetan werden können. Die Regierung wird auf die Beschuldigungen in diesen Enthüllungen sehr ernsthaft zu antworten haben.

Die deutschen Regierungsozialisten sind durch diese Debatten sehr unangenehm berührt, und Herr Stampfer, der leitende Mitarbeiter der Mehrheitspresse, versendet einen Artikel darüber, in dem er in einer Vorbemerkung sagt, daß seine Betrachtungen im Laufe der nächsten Tage besonders aktuelle Bedeutung gewinnen würden. Er versucht in diesem Artikel mit jeder Verdrehung der Tatsachen, die Politik der Regierungsozialisten während der Kriegsjahre in Einklang zu bringen mit den Protesten der deutschen sozialdemokratischen Presse gegen die Politik der deutschen Regierung im Juli 1914. Er sucht den Eindruck zu erwecken, als habe sich die Auffassung der Regierungsozialisten von der Schuldfrage gegen damals nicht geändert.

Der Luftkrieg.

Ein neuer Luftangriff auf Neapel.

Rom, 15. März. (Agenzia Stefani.) Gestern um 10 Uhr abends wurden, vom Meer herkommend, zwei feindliche Flugzeuge gemeldet, die sich gegen Neapel wandten. Alle Abwehrmittel traten in Tätigkeit und verhinderten den Feind, irgendeinen Angriff auf die Stadt zu unternehmen. (W. Z. V.)

Bermischte Kriegsnachrichten.

Interveniert Japan in Sibirien?

Berlin, 18. März. Trotz soll dem Botschafter der Vereinigten Staaten in Petersburg gegenüber erklärt haben, eine Besetzung Sibiriens durch die Entente sei nicht mehr nötig, da er selbst fest entschlossen sei, eine Armee zu organisieren, die, gestützt auf die russische Regierung, den Deutschen überall Widerstand zu leisten imstande sei. (W. Z. V.)

Times erzählt aus Tokio vom 18., daß die Berichte aus Amerika und England, die den Ausbruch erwecken, als ob das Eingreifen Japans in Sibirien beschlossene Sache wäre, durch keine einzige amtliche Mitteilung bestätigt würden. Sie seien vielmehr irreführend und widersprüchlich, was an Ort und Stelle bekannt sei. Das Publikum, wie die Presse wählten durchwegs nichts über die Verhandlungen und Beschlüsse der Regierung. Die lokale Presse und das Publikum traten für eine Intervention ein, aber die einflussreichen Handelskreise seien entgegengelegter Meinung und fänden jetzt allgemein Unterstützung. Die Meldungen über das Eingreifen hätten in diesen Tagen eine starke Depression auf der Börse hervorgerufen, aber gestern und heute sei zu bemerken, daß man glaube, Japan werde nicht eingreifen, und dieses Vertrauen wirke günstig. (W. Z. V.)

Kleine Auslandsnachrichten.

Militarismus in Norwegen. Der norwegische kommandierende General hat den Wehrpflichtigen und den Heeresangehörigen in Uniform die Teilnahme an Versammlungen von Soldatenräten, sowie von Vereinen mit antimilitaristischen Zwecken verboten. (W. Z. V.)

Telegraphengeneralstreik in Spanien. Den Spanier Blättern zufolge haben die Telegraphisten in ganz Spanien den Generalstreik erklärt. Die Regierung hat das Telegraphistenkorps militärisiert und die Telegraphenbureaus militärisch besetzen lassen. Die Regierung sei entschlossen, nötigenfalls das Telegraphistenhandwerk aufzulösen. (W. Z. V.)

Zu den Luftangriffen auf Paris. Syoner Blättern zufolge brachte der Deputierte Mayeras in der Kammer eine Interpellation über die Luftangriffe auf Paris und die Frage der Reparationen ein. Mayeras hätte tags zuvor mit anderen Deputierten Besprechungen mit Clemenceau gehabt, dessen Ausführungen über die Luftverteidigung von Paris nicht veröffentlicht werden dürfen. Mayeras tritt für eine Verständigung der kriegsführenden Staaten ein, nach der von Luftangriffen auf offene Städte künftighin Abstand genommen werden soll, in welchem Sinne sich auch die Interpellation Mayeras ausdrücken scheint. (W. Z. V.)

Die deutschen Tagesberichte.

Großes Hauptquartier, 17. März, Amtlich. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern war von Mittag an die Artillerietätigkeit gesteigert. An der übrigen Front beschränkte sie sich auf Stützfeuer. Es lebte am Abend vielfach auf.

• Splitter und Balken.

Der große Stampfer schreibt über den „Großen Frieden von Brest-Litowsk“. Er bedauert diese Art von Friedensschluss, er lehnt die Verantwortung dafür ab. Und dann sagt er mit der ihm eigenen Folgerichtigkeit:

„... da die Entente ohnehin noch Krieg führt, würde die Ablehnung des Vertrages eine Ermunterung an die Entente bedeuten, den Krieg fortzusetzen mit dem Ziele, den Friedensvertrag wieder umzustößeln... Doch das Argument wollen wir nicht der Entente in die Hand geben, daß sie bis zur Abänderung dieses Friedensvertrages kämpfen müsse, den selbst die deutsche Sozialdemokratie abgelehnt habe.“

Die Entente kann also lachen. Denn sie darf sagen: Die deutsche Sozialdemokratie lehnt den Frieden von Brest litowsk ab. Also ist dieser Friede... Und: Die deutsche Sozialdemokratie stimmt wider besseres Wissen und Gewissen praktisch dem Frieden von Brest zu. Also ist diese Sozialdemokratie...!

Der große Stampfer hatte überhaupt einen unglücklichen Tag, wahrscheinlich aus Kummer darüber, daß das Verfahren wegen Landesverrats, das ihm einen erwünschten Glorienschein zu geben schien, eingestellt worden ist. Denn im gleichen Artikel bekenn er: „Einkreisen haben wir einen Frieden — nicht den Frieden, den wir haben wollen; aber ist nicht schließlich jeder Friede besser als der Krieg?“

„Si, si! Seit wann ist der große Stampfer Anhänger des Friedens um jeden Preis? Der setzt doch die Verneinung der Vaterlandsverteidigung voraus, und so etwas ist doch bolschewistisch!“

A propos, Stampfer. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß Journalisten, die ihren Beruf nicht wahrhaben, zwischen rechts und links zu tanzen — wie Stampfer um seiner Korrespondenz willen vor dem Kriege getan hat — in dem Augenblicke zu einer entscheidenden Haltung übergehen, wo sie sich endgültig auf die rechte Seite

Seeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz.

An der Küste, südwestlich von Vercy an Bac sowie in Verbindung mit einer erfolgreich durchgeführten Unternehmung bei Zature zeitweilig erhöhte Geschwindigkeit. Nach zehntägiger Feuerbereitschaft stießen französische Abteilungen westlich von Hocourt auf breiter Front vor. Teils hielt unser Feuer sie nieder, teils warf unsere Infanterie sie im Nahkampf zurück.

Scharfer Artilleriekampf hielt tagüber und vielfach auch während der Nacht auf dem Hügel der Maas an. Unsere Infanterie brach an mehreren Stellen zu Erkundungen vor. Kurze Schiffe und waldbedeckter Stoßtrupp drangen bei Samogneux, babische Kompagnien bei Beaumont, sächsische Sturmtruppen bei Rezonvauz tief in die feindlichen Stellungen ein und brachten mehr als 200 Franzosen, darunter einen Bataillonsstab, gefangen zurück.

Seeresgruppe Herzog Albrecht

Im Pazzo-Walde sowie in der Gegend von Blamont und Vabouville rege Tätigkeit des Feindes.

Im Luftkampf und von der Erde aus wurden gestern 17 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballons abgeschossen.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 18. März, Amtlich. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern, nördlich von Armentières, sowie in Verbindung mit englischen Vorstößen zu beiden Seiten des La Bassée-Kanals war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

An der übrigen Front blieb sie in mäßigen Grenzen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz und Gallwitz.

Zwischen Dife und Aisne, nördlich von Reims und in einzelnen Abschnitten in der Champagne lebte das Artilleriefeuer auf; in größerer Stärke hielt es tagüber auf beiden Maas-Ufern an.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

An der Lothringischen Front und in den mittleren Vorgesetzten zeitweilig Tätigkeit der Artillerien.

An der ganzen Front sehr rege Fliegeraktivität. Französische Flieger warfen Bomben auf die als solche deutlich erkennbaren Lageranlagen von Le Hour.

Wir schossen gestern 22 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone ab. Leutnant Kroll erlang seinen 21. Luftflug.

Im Februar beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 18 Fesselballone und 138 Flugzeuge, von denen 59 hinter unsere Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgeschürzt sind. Wir haben im Kampf 61 Flugzeuge und drei Fesselballone verloren.

Osten.

In der Südbukraine wurde Nikolajew befehligt.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Krieg und Wirtschaftsleben.

Erklären im Golde.

Zu den Gesellschaften, die von der Kriegskonjunktur besonders reichlich genossen und in eine hochgeschwellte Geldflut hineingestürzt worden sind, gehört die Maschinenbauanstalt und Eisengießerei A.-G. vorm. Pöthner. Das Unternehmen arbeitet mit 4 Millionen Mark Aktienkapital. Sein Hauptarbeitsgebiet ist die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen. Für diese Erzeugnisse bleiben die Aussichten auch nach dem Kriege ungemein günstig, denn der Mangel an Arbeitskräften bedingt die stärkere Verwendung von Maschinen in der Landwirtschaft. An eine geregelte und starke Zufuhr ist vorläufig nicht zu denken; andererseits bringt die „Angliederung“ der russischen Gebiete an Deutschland der inländischen Industrie eine beträchtliche Erweiterung des Absatzmarktes. So eröffnen sich glänzende Aussichten für die Aktionäre des Pöthner-Unternehmens, um so mehr noch, als es sich auch finanziell auf eine sehr glänzende Geschäftsgrundlage eingerichtet hat. Aus den Riesengewinnen der letzten Jahre wurde ein höchstiger Sparfond angelegt. Der auf mindestens 1 1/2 Millionen Mark zu bewertende Bestand des Unternehmens — zu dem Grundstücke in Breslau, Gießen und Löwenberg gehören — ist bis auf 100 000 Mk. abgeschrieben worden. Die meisten Konten stehen nur noch mit 1 Mk. zu Buche. Im letzten Jahre sind für Instandhaltung der Anlagen allein 114 412 Mk. verwendet worden. Also beinahe so viel, wie der buchmäßige Wert aller Anlagen und Grundstücke der Gesellschaft beträgt. Die Aktien des Unternehmens an: Bankguthaben, Kassa, Wechsel, Effekten und Warenforderungen ergeben rund 10 Millionen Mark, das 2/3fache des Aktienkapitals. Daneben hat man noch, fast unbelastet, das gesamte Fabrikunternehmen. Trotz Vorwegnahme erheblicher Abschreibungen, deren ganze Höhe bisher nicht erreicht wurde, hat das Unternehmen für das letzte Jahr noch einen Reingewinn von über 1 Million Mark, beinahe 80 Prozent des Grundkapitals, heraus. Hier hat man eine Offenbarung vom Szenen des Krieges.

geschlagen haben. Dadurch bekommen sie sogar so etwas wie Format — oder würden es wenigstens bekommen, wenn nicht gleichzeitig ihre Logistik ins Ruin geraten.

Wahrscheinlich ist aber an alledem der Kaffee-Erfolg schuld. Es gibt jetzt nicht einmal mehr Kaffeehaus-Journalisten, sondern nur noch Kaffeehausjournalisten-Erfolg (mit Süßholz).

Kleine Ursachen, große Wirkungen. Großer Stampfer — noch größerer Wirkungen. Die Münchener Post druckte den erwähnten Artikel ihres „erschöpften Mitarbeiters“ an leitender Stelle ab und ließ einen Gegenartikel ihres leitenden Redakteurs Kamppfer in einer direkt dahinter folgen, dem die Sache denn doch zu toll war. Aber — und nun kommt das Beste — dieses Abrücken Kamppfers von dem heiligen Stampfer wurde wieder anders Deuten zu toll, und Kamppfer verschwand in der Verenkung. Ob freiwillig oder unfreiwillig, weiß man noch nicht; die Tatsache wurde der Welt nur in Form einer Briefkasten-Notiz am 9. d. M. mitgeteilt: „M. M. Genosse Kamppfer befindet sich zurzeit im Urlaub.“ Die Buchstaben „M. M.“ stellen dabei wieder eine besondere Planterie dar. Bis vor einigen Monaten war bekanntlich Adolf Müller der Leiter des Münchener Blattes. Er hat es aber vorgezogen, sich stillschweigend nach der Schweiz zurückzuziehen. Nun scheint ihm Kamppfer zu folgen. Dann wird wohl der Magistratsrat Schmidt die Seele des Blattes werden, der im Bewußtsein seiner Würde seit langem nur ein Ziel kennt: die Tugend und Weisheit der Behörden (zu denen er freilich gehört) kräftig herauszustricken und ihre Maßnahmen gegen die Vorgesetzten bürgerlicher wie proletarischer Unzufriedener in Schutz zu nehmen.

Gottes Wege sind wunderbar. Der Kaffee-Erfolg zeigt den Gehirnerfolg des Kaffeehausjournalisten-Erfolgs; der Gehirnerfolg zeigt einen Artikel-Erfolg, der nun wieder fortwährend den Erfolg eines Redakteur-Erfolgs gebären mußte. Wird einst kommen der Tag, wo wir einen Stampfer-Erfolg erleben? Auch das eine Marke sein!

12,30 Millionen Mark Aktienkapital — 30,84 Millionen Mark Reingewinn.

Gerade jetzt, wo die Affäre der Daimler-Werke unliebsames Aufsehen erregt, wird der Abschluß eines andern Unternehmens bekannt, der ebenfalls aufreizende Gewinnziffern bekannt gibt. Es handelt sich um die Rheinischen Metallwerke und Maschinenfabrik in Düsseldorf. Das Unternehmen arbeitete mit 12,30 Millionen Mark Aktienkapital. Damit hat es in den letzten Jahren 30,84 Millionen Mark Reingewinn herausgebracht; wohlgernezt, Reingewinn, nach Abzug aller Verluste sowie der sehr hoch bemessenen Abschreibungen. In drei Jahren ist das nominelle Grundkapital mehr als dreimal als Reingewinn „erarbeitet“ worden. Für das letzte Jahr ist die Höhe der Abschreibungen nicht angegeben; in den beiden vorausgehenden Jahren machten die Abschreibungen rund 10 1/2 Millionen Mark aus, also annähernd das ganze Aktienkapital. Sämtliche Anlagen — bis auf die Grundstücke — sind vollständig abgeschrieben, sie stehen nur noch mit 1 Mk. zu Buche.

Auch die Rheinische Metall- und Lederwarenfabrik von Gebr. Bing & Co. kann mit einem für die Aktionäre erfreulichen Abschluß aufwarten. Das Grundkapital beträgt 10,65 Millionen Mark. Der Reingewinn für das letzte Jahr erweist 4,41 Millionen Mark. Für Ermittlung dieses Gewinnes sind 3,83 Millionen Mark für Abschreibungen verwendet worden. An Dividenden werden über 1/2 Million Mark verteilt, die Aktionäre bekommen 20 Prozent Dividende.

Lebensmittel- und Rohstoffknappheit in der Schweiz.

Die lange Dauer des Krieges gestaltet die wirtschaftliche Lage der Schweiz immer schwieriger. Durch den Mangel an Transportmitteln hat die Zufuhr beinahe aufgehört, was um so schwerer empfunden wird, als die Schweiz mehr als ein andres Land auf den Import angewiesen ist. In der Gefahr, daß es Tausenden von Proletarierfamilien nicht mehr möglich ist, sich satt zu essen, droht noch wegen Mangel an Rohstoffen eine große Arbeitslosigkeit. Wucher und Hantlerie der bestehenden Klassen, begünstigt durch ungenügende Maßnahmen der Bundes- und kantonalen Behörden, tun ein übriges, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse immer tiefer herunterzudrücken, was natürlich deren Stimmung nicht verbessert. So sind z. B. seit Wochen und Monaten Tausende von Arbeiterfamilien ohne Kartoffeln, obwohl die letzten Jahre Ernte an solchen überreichlich ausgefallen ist. Wie in Dänemark, so auch in der Schweiz, läßt es der Patriotismus der Bauern nicht zu, die Kartoffeln auf den Markt zu bringen, da ihnen die Viehzucht noch nicht hoch genug sind und sich die Viehzucht damit besser rentiert.

Verhandlung des Schlichtungsausschusses

am 15. März.

Zünf Mark und 50 Pf. bis 7,50 Mk. wöchentlichen Lohn bei freier Kost zahlte das Rittergut Pützau bei Wurzen. Dem jungen Manne war das natürlich zu wenig, und da er Aussicht hat, auf einem Bau in Pützau bei Wurzen einen Stundenlohn von 81 Pf. zu verdienen, so kündigte er. Der Abschreibende wurde ihm vorenthalten. Darauf verließ er seine Stelle und ging zu seinen Eltern nach Pützau. Er würde jedoch dem Rittergut durch die Antidiskriminierung wieder zugewandt. Während E. Krüger mit Pferden hantelte, erhielt er nun ein Offenergebnis zugewiesen. Dadurch wird das geringe Einkommen noch mehr gekürzt, denn jetzt fallen keine sogenannten Tringelbeser weg, die auch als ein Teil des Lohnes eine Rolle spielen. Zudem ist die Arbeit bei den Döfen schwerer als die frühere. Auf den Vorschlag des Ausschusses, dem Manne eine angemessene wöchentliche Lohnaufbesserung zukommen zu lassen, erklärte der Aufsichtsführer sich bereit, ihm zu Weihnachten eine Zulage von 25 Mk. unter der Bedingung zu geben, wenn E., der jetzt im Wochenlohn beschäftigt ist, sich als Jahresarbeiter verpflichte (1). Auf diesen durchsichtigen Plan ging E. jedoch nicht ein. Da sich der Aufsicht auf eine wirtschaftliche Zulage nicht einließ, entschied der Ausschuss, daß dem E. der Abschreibende an bewilligen sei.

Die Sächsische Bau-Gesellschaft m. B. & Co. in Leipzig führt im Auftrage der Elektrowerke Griesheim Arbeiten in Lanta bei Sondershausen in Schäften aus und beschäftigt dort eine Anzahl Elektromonteurs. Die Ernährungsverhältnisse sind schwierig, und der Geschmack des Essens — es handelt sich um Massenverpflegung aus der Einheitsküche — ist anerkanntermaßen schlecht. Es haben schon wegen dieses Essens etwa 1000 Arbeiter der Siemens-Schubert-Werke einen Tag gestreikt. Die zwölf Elektromonteurs der Sächs. Bau-Gesellschaft m. B. & Co. wurden von Januar bis zum 1. März aus der sogenannten Beamtenküche gespeist und waren damit auch sehr zufrieden. Als nun aber diese Verpflegung für sie wackelt, und auch ihnen das Essen aus der Einheitsküche zugewiesen wurde, haben sie sich beschwert und mit Abkehr gedroht. Solche Beschwerden sind beim Werksdirektor in Massen eingegangen. Er soll darauf geantwortet haben: „Wenn es nicht paßt, der kann gehen!“ Der Protokurist als Vertreter der Sächs. Bau-Gesellschaft vor dem Schlichtungsausschuß hat sich selbst von dem schlechten Geschmack des Essens überzeugt. Die Werksdirektion will aber durch Erweiterung der Küche Wandel schaffen. Der Elektromonteur B. aus Leipzig-Anner, ebenfalls in Lanta beschäftigt, klagt nun gegen die Sächs. Bau-Gesellschaft auf Erteilung des Abschreibens, da er nicht mehr imstande sei, bei dem Essen auszuhalten. Er ist 18 Jahre alt, vom Militär zurückgestellt, und will lieber zu den Soldaten, ehe er wieder nach Lanta geht. Der Firmenvertreter bietet um Ablehnung des Antrags, weil sonst mit völliger Sicherheit zu erwarten sei, daß die andern Arbeiter seiner Firma, die förmlich auf die Entscheidung dieses Falles warten, ebenfalls ablehnen werden. Der Antrag B. auf Erteilung des Abschreibens wurde abgelehnt.

Von Nah und Fern.

Explosionskatastrophe in Frankreich.

Paris, 16. März. (Gavas.) Wie die Blätter melden, enthielt die in Courneuve in die Luft geflogene Munitionsladung eine Million Granaten. Die Entstehung der Explosion ist auf die unvorsichtige Handhabung einer Munitionsladung durch einen Arbeiter zurückzuführen. Mehrere Gebäude in einem Umkreise von 500 Metern wurden zerstört. Zahlreiche Personen wurden getötet, etwa 1500 leicht verletzt. Der Sachschaden ist ziemlich groß.

Nach den vorliegenden Pariser und Londoner Zeitungen hat die Explosionskatastrophe in Courneuve furchtbare Verheerungen angerichtet. Einige Courneuve benachbarte Städte sind ebenfalls bombardierten Städten. Die Mehrzahl der Fabriken im Umkreise von mehreren Kilometern ist schwer beschädigt und mußte den Betrieb einstellen. In allen Fabriken wurde eine große Anzahl von Arbeitern getötet und Tausende von Personen verwundet. In den nördlichen Pariser Stadtvierteln wurden ebenfalls Verwüstungen angerichtet. In ganz Paris sprangen die Fenster ein. Auch in Versailles und Compiègne sind die Fenster einbeschlagen. Die Kuppel der Nationalbibliothek in Paris ist einestürzt. Gestern vormittag dauerten die Explosionen noch fort. Eine große Anzahl Familien mußte aus den umliegenden Dörfern nach Paris geschickt und dort untergebracht werden. (W. Z. V.)

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Geyer in Leipzig

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Hua Lehmann Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten

Volkshaus Spezialgerichte für heute: Ragoul. — Kartoffelstücken mit Rindfleisch. — Morgen: Erbsen. — Spiegeleier mit Kartoffelsalat.

Konsumverein L.-Plagwitz und Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.



100 Geschäftsstellen
in allen Stadtteilen und Vororten.

Wir bieten als äusserst preiswert an bei vorzüglichen Qualitäten:

Französische Rotweine

Bourgeois Beychevelle . . 1/2 Fl. 7.50 M
1911er Chateau Bellevue . . 1/2 Fl. 6.25 M

Weissweine

1915er Bernkasteler . . . 1/2 Fl. 5.00 M
1915er Oppenheimer . . . 1/2 Fl. 5.00 M
1915er Laubenheimer . . . 1/2 Fl. 5.00 M

Branntweine

mit Alkoholgehalt

Cherrybrandy 1/2 Ltr. 18.00 M
Magenlikör 1/2 Ltr. 14.00 M
Goldbranntwein 1/2 Ltr. 14.25 M
Wachholder „Vierkant“ ca. 1/2 Ltr. 22.00 M
Alter Nordhäuser 1/2 Ltr. 14.00 M
Rumbranntwein 1/2 Ltr. 16.75 M

Wermut-Fruchtwein

1/2 Flasche 4.50 M

Zitronensaft

mit Ameisensäure haltbar gemacht, 1/2-Liter-Flasche
6.00 M

Infolge Zitronen- und Essigmangel sehr geeignet
zu Salaten!

Zitronensäure

verschiedene Packungen und Preislagen.

Zigarren

Grosse Auswahl in guten Qualitäten!
Eine Rationierung haben wir noch nicht eingeführt!

Zigaretten

Verschiedene Marken, gut im Geschmack!
Infolge der ständig zunehmenden Knappheit ist eine
Versorgung für geraume Zeit den Rauchern
sehr zu empfehlen!

Bekanntmachung über Verteilung von Baumwollnähfäden und Leinennähzwirn.

Auf Grund der Bekanntmachung der Reichsbevölkerungsstelle vom 19. Januar 1918 (Sächsische Staatszeitung Nr. 20 vom 24. Januar 1918) wird betreffs Verteilung von Baumwollnähfäden und Leinennähzwirn im Bezirk des Kommunalverbandes Leipzig-Land folgendes bestimmt:

I.

Bedarfsstellen.

Bedarfsstellen im Sinne der Bekanntmachung sind:

a) die Personen und Betriebe des Bezirks, die Baumwollnähfäden oder Leinennähzwirn gewerbsmäßig unmittelbar an die Verbraucher gegen Entgelt veräußern

Kleinhandl.

b) die Personen und Betriebe des Bezirks, die
1. Baumwollnähfäden oder Leinennähzwirn in ihnen hierzu übergebene Gegenstände gewerbsmäßig gegen Vergütung für andere verarbeiten (z. B. Flickschneider) oder
2. Baumwollnähfäden oder Leinennähzwirn gewerbsmäßig zur Herstellung von Gegenständen verarbeiten (z. B. Nähmaschinen)

Verarbeiter

sofern in den unter 1 und 2 genannten Verarbeitungsbetrieben am 1. Dezember 1917 nicht mehr als 15 Arbeiter dauernd versicherungspflichtig beschäftigt waren.

c) Anstalten mit Zuspäßen (z. B. Krankenanstalten, Gefängnisse), Betriebe, die gleichzeitig Kleinhandel und Verarbeitung umfassen, sind, soweit sie in dem Verarbeitungsbetriebe am 1. Dezember 1917 nicht mehr als 15 Arbeiter dauernd versicherungspflichtig beschäftigten (gemischte Betriebe großen Umfangs), nur für ihren Kleinhandelsbetrieb als Bedarfsstellen anzusehen.

Keine Bedarfsstellen im Sinne dieser Bekanntmachung sind die Kommunalverbände selbst, sonstige behördliche Einrichtungen, sowie die Anstalten, die nicht unter Absatz 1 a) fallen. Für diese sowie die sonstigen Personen und Betriebe, die nach Absatz 2 a) nicht oder nicht in vollem Umfange als Bedarfsstellen anerkannt sind, ist eine besondere Versorgungsregelung vorgesehen.

Als Bedarfsstellen sind ferner nicht anzusehen die Verarbeiter, die eine besondere Zuweisung an Baumwollnähfäden oder Leinennähzwirn von einer anderen Stelle als der Reichsbevölkerungsstelle (z. B. von der Seeresverwaltung) erhalten.

II.

Bezugsberechtigungen.

Die Bedarfsstellen erhalten ihren Bedarf an Baumwollnähfäden und Leinennähzwirn ausschließlich auf Grund von Bezugsberechtigungen, die von der Königl. Amtshauptmannschaft ausgestellt werden. Die Kleinhandl. (1a) haben diese Bezugsberechtigungen zugleich mit der Bestellung bei der Großhandels-Abrechnungstelle für Nähfäden und verwandte Artikel, Bezirksstelle Nr. 14, Leipzig, Rathausring 10 einzureichen. Verarbeiter (1b) und Anstalten (1c) haben die Bezugsberechtigungen bei einem beliebigen Kleinhandl. (1a) abzugeben, der das Weitere veranlaßt und ihnen später die bestellten Mengen liefert.

III.

Verteilung.

Die für den Kommunalverband bestimmten Mengen an Baumwollnähfäden und Leinennähzwirn werden durch die Reichsbevölkerungsstelle festgelegt.

Innershalb des Kommunalverbandes erfolgt ihre Verteilung nach folgendem Verteilungsschlüssel:

a) Jeder Verarbeiter (1b) erhält das Zwölftel der auf den einzelnen Verbraucher entfallenden Menge (vgl. IV) zugewiesen. Die Unterverteilung an die einzelnen Verarbeiter erfolgt entsprechend der Zahl der am 1. Dezember 1917 angemeldet gewesenen Betriebe, wobei jede neben dem Meister in einem Betriebe beschäftigte dauernd versicherungspflichtige Person als Sonderbetrieb gerechnet wird. Jeder versicherungspflichtigen Lehrling rechnet als halber Sonderbetrieb.

Eintretende Änderungen sind der Königl. Amtshauptmannschaft unverzüglich anzuzeigen und können nach Gehör der Ortsbehörde jeweils erst bei der nächsten, der Anzeige folgenden Verteilung Berücksichtigung finden.

Die Verarbeiter haben die aufgebrauchten Rollen zwecks späterer Ablieferung aufzubewahren.

b) Die den Verbrauchern zukommenden Mengen (vgl. IV) werden auf die einzelnen Stadt- und Landgemeinden nach der Bevölkerungszahl und innerhalb jeder Gemeinde nach Maßgabe der

dieselbst vorhandenen und als solche polizeilich angemeldeten Kleinhandl. (1a) und Anstalten (1c) verteilt.

Die zugestellten Mengen dürfen von den Kleinhandlern und den Verarbeitern nur zu dem Zwecke verwendet werden, für den sie ihnen angewiesen worden sind.

Kleinhandl., die ein solches Geschäft neu errichten, haben dies der Königl. Amtshauptmannschaft anzuzeigen. Mit Zustimmung der Ortsbehörde können sie von der nächsten der Anzeige folgenden Verteilung an berücksichtigt werden.

Gemeinden ohne Kleinhandl. werden mit ihrer Bevölkerungsziffer einer Nachbargemeinde hinzugerechnet.

IV.

Verbraucher.

Die auf den einzelnen Verbraucher entfallende und im Kleinhandel käufliche Menge Baumwollnähfäden und Leinennähzwirn wird durch die Königl. Amtshauptmannschaft unter gleichzeitiger Angabe des Preises für jedes Kalendervierteljahr festgelegt. Zum 1. Kalendervierteljahr 1918 beträgt diese, dem einzelnen Verbraucher zukommende Menge:

1/2 Rolle zu 200 Meter = 50 Meter Baumwollnähfäden, der Preis der Rolle zu 200 Meter beläuft sich auf 33 Pfg. Leinennähzwirn gelangt vorläufig nicht zur Verteilung.

Baumwollnähfäden und Leinennähzwirn dürfen von den Kleinhandlern an die Verbraucher nur gegen Ablieferung des als Bezugsausweis dienenden betreffenden Abschnittes der Zwirnkarte abgegeben werden.

Die Zwirnarten werden von den Ortsbehörden verabsolgt und haben ausschließlich innerhalb des Kommunalverbandes Leipzig-Land Gültigkeit.

Als Verbraucher sind nicht anzusehen die unter I genannten Bedarfsstellen, Personen und sonstigen Stellen.

V.

Strafbestimmungen.

Zu widerrechtlichen Veränderungen oder missbräuchlichen Verwendungen der Bezugsberechtigungen werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine härtere Strafe verwirkt ist.

Leipzig, den 19. März 1918.

Der Bezirksverband Leipzig-Land.

Anmeldung von Kaffee-Ersatzmitteln.

Verbraucher, die ihre Marken S B und K der Lebensmittelkarte Reihe B 1 für die Kaffee-Ersatzmittelverteilung in einem Geschäft abgegeben haben, das kein Schild „Verkaufsstelle für Kaffee-Ersatzmittel gegen Marken unter städtischer Aufsicht“ führt, sind sich die Marken zurückgeben lassen und zur Bedarfsanmeldung in einem für die Kaffee-Ersatzmittelverteilung zugelassenen Geschäft bis spätestens Dienstag, den 19. März, abgeben.

Den für die Kaffee-Ersatzmittelverteilung nicht zugelassenen Händlern ist unterlagt, Bestellungen auf Kaffee-Ersatzmittel gegen Marken anzunehmen. Kr.-E.-A. I. Leipzig, am 18. März 1918.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Abortgrubenräumung.

Durch Bekanntmachung vom 7. März 1918 ist den Grundstückbesitzern in den äußeren Vororten von Leipzig, die Abortgruben selbst zu räumen, gestattet und dringend empfohlen worden, die Räumung einem Landwirt im Interesse der Landwirtschaft zu übertragen. Diejenigen Grundstückbesitzer, die von dieser Genehmigung Gebrauch gemacht oder ihre Grube schon früher selbst geräumt haben oder durch einen Bevollmächtigten räumen lassen, werden hiermit aufgefordert, dies unverzüglich unserer

Abteilung für Schmutzreinigung, Leipzig-Lindenau, Angerstraße 34/36 (Fernsprecher Nr. 39004),

anzuzeigen. Für alle künftigen Fälle wird hiermit die gleiche Anzeigeneinstellung angeordnet. Es sind regelmäßig noch vor der Räumung Tag und Stunde der Ausführung anzugeben. Die Anzeigen sind erforderlich, damit etwaige vorherige Bestellungen auf Räumung bei der Leipziger Linger-Export-Aktien-Gesellschaft gestrichelt werden können und die Gesellschaft nicht zwecklos bemüht, vor allem aber, damit möglichst sofort eine Untersuchung der geräumten Gruben auf ihre bauliche Beschaffenheit vorgenommen werde.

Leipzig, den 16. März 1918.

Ges.-A. I.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Montag, den 18. März 1918, wird an der Ecke Franzfurter Straße und Cottaweg, gegenüber dem Eingange des Palmengartens, ein

Schuttablageplatz

eröffnet, auf dem die Zufuhr lediglich mit Handwagen gestattet ist. Derselbe ist auch Sonntags vormittags geöffnet. Gebühren werden während des Krieges nicht erhoben. Den Anordnungen des Aufsichtspersonals ist unbedingt Folge zu leisten.

Leipzig, am 15. März 1918.

T. A. III.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Allgemeine Driskrankenkasse Leipzig-Land.

Donnerstag, den 20. März 1918, abends 6 Uhr, findet im Volkshaus, Leipzig, Reiter Str. 32 (Café Mitte), die Jahrsversammlung

Ausschuß-Sitzung

mit folgender Tagesordnung statt:
1. Abnahme der Jahresrechnung und Besprechung des Verwaltungsberichts über das Jahr 1917;
2. Mitteilungen des Kassenvorstandes;
3. Satzungsänderungen u. a. zu §§ 18, 19, 21, 22, 33, 43, 47, 68, 73-77 und 97.

Zur Teilnahme an der Sitzung sind nur diejenigen Arbeitgeber- und Versicherten-Vertreter bzw. -Ersatzmänner berechtigt, denen schriftliche Einladungen zugehen; diese Einladungen dienen als Ausweis und sind mitzubringen.

Leipzig, am 18. März 1918.

Der Vorstand.

Oswald Fischer, Vorsitzender.

Prima Qualität Stückkalk zum Düngen

so wie gemasteten, Kohlenfiguren verkauft von früh 8 Uhr bis abends 6 Uhr ab Lager Zschochersche Str. 56

Rudolf Müller
L.-Plagwitz, Weissenfeller Straße 30. — Telefon 40653.

Bermittelte Anzeigen

Zahn-Praxis

Minna Torton
Blücherstr. 45, I
am Hauptbahnhof.
Tel. 1087b. Geogr. 1898
Künstl. Zähne v. L25 an
Plomben von 1 M an
Repar. not. Bill. Preise.
Schonende Behandlung
Filiale Connewitz,
Pogauer Str. 5. M

Schlemmkreide

Farben
Pinsel
Sämereien
empfeht
L. O. Kaspar Nachf.
Plagwitz, Zschochersche Str.

Reparaturen

an Uhren jeder Art
nur streng solide
Ausführung und
unter Garantie bei
Gustav Kaniss
Uhrmach. Tauchaer Str. 6

Sprechmaschine, Schallplatten

Günstige Zahlungsbeding.
Alwin Matthes, Pöhlstr. 58, pt.

Photogr. Vergrößerungen

in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung
fertigt als Spezialität preiswert
früher in Firma
Proessdorf Schöfer & Koch.
Laden: Bayersche Strasse 41.
Erste Auszeichnungen. Feinste Referenzen.

Zahnarzt Borbein

wohnt jetzt Dresdner Str 30, Ecke
Perthesstr. Nähe Stephanpl. 9-1
-3-7, Sonntag 9-12 Ortskrankenk

Familien-Nachrichten

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
beim Hinscheiden meines geliebten Vaters
Paul August Hein
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten
meinen innigsten Dank.
Frau Alwine verw. Selin geb. Diebermann.

Emil Sturm

Nachdem wir unsern lieben Sohn und Bruder,
Soldat
Emil Sturm
der heimlichen Erde übergeben haben, ist es uns
Herzensbedürfnis, allen denen, die seinen Sarg so
reich mit Blumen schmückten, sowie allen, die ihm
das letzte Geleit gaben, ein ern herzlichen Dank
auszusprechen. Besonders Dank der Firma Unruh
und Plebig sowie seinen Arbeitskollegen und Kol-
legen. Auch Herrn Pastor Stiebel für seine
tröstlichen Worte am Grabe sowie seinen Kamer-
aden vom Infanterie-Regiment 106 sei nochmals
besonders gedankt. In tiefer Trauer
Familie Kurt Sturm.

Aus der Reichshauptstadt.

Der Kunstabend des Bezirksbildungsausschusses findet am Donnerstag, dem 28. März (Gründonnerstag), im großen Saale des Lehrervereinshauses (Alexanderstraße) statt.

Die Kostenverteilung Groß-Verlins für den Sommer 1918 und den Winter 1918/19 erfolgt wie bisher nur gegen Kohlenkarten. Die Kohlenmenge, die verteilt wird, ist im großen und ganzen die gleiche wie im Vorjahre.

Die volle Strenge des Gesetzes. Wegen bandenmäßig ausgeführten schweren Diebstahls in mehreren Fällen, Bedrohung mit Zerschlagung und Mordanschlag hatte die dritte Strafkammer des Landgerichts I gegen vier Geschworenen verurteilt.

Einbruch. Für 20000 M. Wertpapiere erbeuteten Einbrecher im hellen Tage in Neustadt. Der Fischer Postfach hatte Wertpapiere von der Bank abgehoben, um sie abzustempeln zu lassen.

Zu einer Fabrik in der Blumenstraße wurden für 12000 M. Treibriemen gestohlen, aus einem erdrossenen Weidspind bei der Güterabfertigung der Reinitzdorfer-Liebenwalde-Groß-Schönefelder Eisenbahn 1000 M. bares Geld.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. März.

Abschaffung und Düngerräumung in Leipzig.

Mit der Länge des Kriegs sind die Zustände in der Abschliff von Mische und Dünger in Leipzig immer schlimmer geworden. Schon im vorigen Jahre wurden zahlreiche Fälle berichtet, in denen Abtraggruben überfüllt, deren Inhalt manchmal sogar in die Keller floh.

bringen; das gelte auch für die Dünger-Export-A.G. Aus diesen Äußerungen geht hervor, welche Wünsche die Aktionäre der Gesellschaft haben. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint es gar nicht ausgeschlossen, daß auch diese Wünsche von der Stadtverwaltung erfüllt werden.

Städtische Bücherhallen zu Leipzig. Bericht über die Jahre 1916 und 1917.

Wie auf fast alle Gebiete, so hat der Krieg auch auf die Bildungs- und Bibliothekswesen eigenartige Wirkungen ausgeübt. Diese Tatsache spiegelt sich auch in dem soeben erschienenen Bericht über die städtischen Bücherhallen wider.

An unsere Postabonnenten!

Damit im Bezuge der Leipziger Volkszeitung keine unliebsame Unterbrechung eintritt, erlauben wir uns unsere Postabonnenten, das Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung schon jetzt zu erneuern.

Werbt Abonnenten für die Leipziger Volkszeitung!

jahre nur 532 gegen 600 Stunden im Jahre zuvor geöffnet waren. Ueber die Zusammenfassung der Leserschaft äußert sich der Bericht im allgemeinen befriedigend.

Es entfielen im Durchschnitt auf jeden Leser in Halle I im Jahre 1916 10,41, im Jahre 1917 9,64 Bände, in Halle II 1916 9,95, 1917 9,08 Bände. Obwohl die Ausgabe unterhaltender Bücher eingeschränkt wurde, betragen Romane, Novellen und Erzählungen naturgemäß über die Hälfte der insgesamt ausgeliehenen Bücher.

Allgemeine Dröskrankenkasse für die Stadt Leipzig.

Zur Erhebung der Tagesordnung der vom Vorstande der Allgemeinen Dröskrankenkasse für die Stadt Leipzig einberufenen außerordentlichen Ausschußsitzung hatten sich am 14. März 1918 im Gesellschaftssaale des Volkshauses, Zeigerstraße 22, 40 Vertreter der Kassennutzer und 22 Vertreter der Arbeitgeber, sowie die Mitglieder des Kassenvorstandes eingefunden.

Die vom Kassenvorstande festgesetzten Verhandlungsgegenstände lauteten: 1. Beschlußfassung über einen Nachtrag zu §§ 15, 18, 19, 28, 40 und 56 der Satzung. 2. Beschlußfassung über einen Nachtrag zu § 2 der Dienstordnung.

von rund vier Millionen Mark erzielt werden. Auf die Erhöhung der Beiträge von 4 1/2 Prozent auf 5 Prozent entfallen hiervon 1 105 000 M.

Der Dank.

Kriegerwitwen befinden sich besonders bedrängter Lage, da die Renten, die sie erhalten, zum Lebensunterhalt nicht ausreichen. Schwere Sorgen bereitet ihnen die Kindererziehung, und wenn ihre Kinder aus der Schule entlassen und eingekleidet werden sollen, damit sie einen Beruf erlernen können, wissen die Frauen oft nicht, woher sie die Mittel dazu nehmen sollen.

Für Gastwirte und Bäcker. Die neuen in der Nr. vom 22. Februar d. J. bekanntgemachten Vorschriften über Entwertung der Reichsbrotmarken durch die Gastwirte und Bäcker werden noch nicht allenthalben eingehalten.

Zusammenlegung von Brauereien. Die Brauerei Sternburg in Röhlsena hat die Rolandbrauerei in L.-Müden und die Stadtbrauerei in Pegau gekauft.

Zur Beachtung bei der Kaffee-Ersatz-Anmeldung! Zur Verteilung der vom Kriegsausschuss für Kaffee und Tee der Stadt zugewiesenen Kaffee-Ersatzmittel konnten nicht sämtliche einschlägigen Geschäfte zugelassen werden.

Ein schweres Brandunglück hat sich in der Wohnung einer Kriegerfrau ereignet. Die Mutter hatte Befehle gegeben zu machen und die 12jährige Tochter mit der Wahrung ihrer beiden 6- und 3-jährigen Geschwister betraut.

Polizeinachrichten.

Großfeuer bei M. Schneider u. Co. In den frühen Morgenstunden des 17. März wurde im 3. Obergeschosse des Geschäftshauses M. Schneider u. Co., Grimmaische Straße 9/11, Feuer bemerkt. Die sofort alarmierte Feuerwehr mußte sich mittels der großen Leiter von außen durch ein Fenster Zugang verschaffen, da die Tür des Grundstockes noch verschlossen war.

Das verschwundene Brillantanhängsel. Am 11. März 1918 hat eine Dame ein Anhängsel von Platin, in Form einer 8 gearbeitet, das u. a. mit zwei größeren Brillanten besetzt ist und einen Wert von 300 M. hat, auf dem Wege in die innere Stadt verloren.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Verteilung von Baumwollnähmaschinen in Leipzig-Land.
Ueber die Verteilung von Baumwollnähmaschinen in Leipzig-Land wird näheres in der heutigen Nummer unter Bekanntmachungen abgedruckt. Der Preis von 33 Pf. für die Rolle von 200 Metern darf nicht überschritten werden, auch dürfen die Kleinhandler die Abgabe nicht vom Bezuge anderer Waren oder von anderen Bedingungen abhängig gemacht werden.

Sommerfeld-Engelsdorf. Für Sonnabend hatten die Abhängigen eine öffentliche Versammlung in Sommerfeld einberufen, in der Herr Grenz Stimmung für die Politik der Abhängigen machen sollte. Trotz der Unkosten, die sich die Leute gemacht hatten, fand sich nur ein Dutzend ihrer Anhänger ein. Die öffentliche Versammlung wäre trotzdem gut besucht gewesen — wenn sie öffentlich gewesen wäre; denn etwa 50 unserer Genossen fanden sich ein, um den Abhängigen heimzulichten. Vor dem Lokal erfuhren sie jedoch, daß die Behörde den Abhängigen den Gefallen erwiesen hatte, die öffentliche Versammlung zu verbieten. So mußte Herr Grenz vor einem Dutzend Abhängigen seine Kriegervereinsrede zum Besten geben. Mit ihnen wollen die Arbeiter nichts zu tun haben.

Tauscha. Schulentlassung. Die Entlassung der Konstruktoren findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, im Schulsaal statt. — Die abgehenden Fortbildungsschüler werden Dienstag, abends 1/8 Uhr, im Doppelzimmer entlassen. Es haben sich dazu alle abgehenden, auch die reklamierten Fortbildungsschüler eingefunden.

Naunhof. Der Verkauf von Kartoffeln auf die Abschnitte C der Landeskartoffelarten erfolgt jetzt in der Regel werktags nachmittags von 2 bis 5 Uhr an den Kartoffelmieten bei der alten Schule. Beliefert werden sämtliche Abschnitte C der Einwohner ohne Rücksicht auf die Nummernfolge.

Gaußh. Kartoffeldiebstahl. In einer der letzten Nächte haben Diebe den der Gemeinde gehörigen Kartoffelmieten einen Besuch abgehalten und mehrere Zentner Kartoffeln daraus entwendet. Zwei hiesige Einwohner wurden des Diebstahls überführt.

H. B. Wiederich. Aus dem Gemeinderat. Es ist ein Grundstücksverkauf im Betrage von 400 000 Mk. erfolgt, für den 8000 Mk. Bestenwechselforderungen eingegangen sind. — Nach ministerieller Genehmigung finden die nächsten Gemeinderatswahlen erst nach Kriegsende statt. — Die Amtshauptmannschaft sandte dem Gemeinderat die Bewerbungschriften der auf den Gemeinderatsstellen reflektierenden Hilfsdienstpflichtigen an. Dem Bemerkten zurüch, daß der Gemeinderat selbst darüber befinden möge; auch wurde es dem Gemeinderat überlassen, eine weitere Reklamation des Gemeinderats zu machen, wenn man sich Erfolge davon verhoffte, einzureichen. Die nochmalige Reklamation wurde denn auch einstimmig beschlossen. Nach dem Haushaltsplan beträgt der durch Steuern aufzubringende Nettobetrag 78 057 Mk. Laut Gesetz ist die Hälfte dieser Summe durch Grundwertsteuer zu decken. Der gesamte Grundwert in der Gemeinde beträgt rund 11 Mill. Mark. Der Grundwert der von hiesigen Besitzern 280 Mk., von den Forensen 420 Mk., pro Tausend erhoben. Die Gemeindeeinkommensteuer soll 27 728 Mk. erbringen. Der Steuerfuß wird, wie im Vorjahre auf 150 Prozent festgesetzt. — Wegen Errichtung einer Kleinlinderbewahranstalt hierseits wurde eine Kommission gewählt bestehend aus dem Gemeindevorstand, Gemeinderatsmitglied Keller und den Genossen Strone und Bachner. Diese Kommission soll sich mit den nötigen Vorkarbeiten befassen und demnächst Bericht erstatten.

Schleuditz. Verkauf von Marmelade und Kunsthonig. Jede hier wohntafel Person kann in den Materialwarengeschäften am Dienstag 1/2 Pfund Marmelade zu 40 Pf. auf Abschnitt 3 A Stadt Schleuditz, ferner in den Geschäften von C. Schuberth, Otto Weber, Bernhard Kohnmann, S. Becker und Gustav Blau am Donnerstag 100 Gramm Kunsthonig zu 15 Pf. auf Abschnitt 3 B Stadt Schleuditz der Lebens- und Verbrauchsmittelkarte (grün, gelb, rot) erwerben.

Eilenburg. Eine fette Dividende bringt die Deutsche Zellulosefabrik in Eilenburg an ihre Aktionäre zur Ausschüttung. Nach rechtlichen Abschreibungen in Höhe von beinahe sechs Millionen Mark und Rückstellungen im Betrage von 1 1/2 Millionen Mark erhält ein Aktionär von 800 000 Mk., aus dem 18 Proz. (i. B. 15 Proz.) als Dividende zur Verteilung kommen sollen.

Sächsische Angelegenheiten.

Amtliche Agitation für die Vaterlandspartei in Sachsen.

Die Zittauer Morgenzeitung veröffentlicht folgendes in Schreibmaschinenchrift hergestellte Schreiben, das an die Gemeindevorstände gerichtet ist:

Sehr geehrter Herr Gemeindevorstand!
Da uns sehr viel daran liegt, daß sich unsere Gedanken auch in Ihrem Orte weiter ausbreiten und starke Wurzeln fassen, erlauben wir uns hiermit die höfliche Anfrage, ob Sie erwillt sind,

unter vaterländischen Bewegung dort die Wege zu ebnen. Wir sind der Meinung, daß das gar nicht schwer sein kann, denn sicher steht so mancher Ihrer Einwohner auf unserem Boden und es bedarf nur der Aufforderung zum Beitritt.

Dankbar würden wir Ihnen nun sein, wenn Sie das Amt eines Vertrauensmannes übernehmen würden. Werbeblatts und sonstiges Aufklärungsmaterial steht Ihnen in jeder Menge zur Verfügung.

Wir bitten Sie also, dieses unser Ansuchen wohlwollend anzunehmen und uns baldigen Bescheid zu geben. Sollten Sie wider Erwarten nicht in der Lage sein, diese Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, dürfen wir Sie wohl um Auftritte eines geeigneter Herren bitten.

Hochachtungsvoll
Landesverein der Deutschen Vaterlandspartei im Königreich Sachsen.
Dr. Landestromer.

Dazu bemerkt das genannte Blatt unter anderem:
„Auf dem Briefumschlag sind die Worte „An den Herrn Gemeindevorstand“ mit Gummiemsel aufgedruckt, woraus hervorgeht, daß es sich um eine Massenverteilung an die Gemeindevorstände handelt, nur der Ortsname ist handschriftlich hinzugefügt. Das Aufschreiben selbst will zwar den Anschein erwecken, als ob es an den Gemeindevorstand eines ganz bestimmten Ortes gerichtet sei, aber da weder der Name des Gemeindevorstandes noch der Ortsname genannt sind, so ergibt sich im Zusammenhalt mit dem Verteilungsverfahrens auf dem Briefumschlag, daß allen Gemeindevorständen das Interesse der Vaterlandspartei „gerade an ihrem Orte“ verkehrt worden ist.“

Die sächsische Regierung steht, wie aus den Reden der Minister hervorgeht, politisch ganz auf dem Standpunkte der Vaterlandspartei, es kann also bei der Aussprache über die Probauflage Interpellation zu ganz erheblichen Auseinandersetzungen kommen.

Dresden. Ein aus München zugereistes Mädchen wollte hier eine goldene Kette verpfänden. Der Dresdner Kriminalpolizei kam die Verpfänderin verdächtig vor, sie beobachtete das Mädchen und verhaftete es schließlich. Eine Leibesvisitation förderte eine große Anzahl sonstiger Schmuckstücke auf. Ihr Gesamtwert beträgt gegen 30 000 Mark. Nach längerem Reuigen gab die Verhaftete zu, in München einen Juwelenraub verübt zu haben.

Zweiter Verbandstag des Bauarbeiter-Verbandes.

k. Nürnberg, 15. März.
Fünfter Verhandlungstag.

Die Aussprache über das Referat Winnigs über Wirtschaftliche und politische Neuordnung war teilweise sehr lebhaft. Es lebte dabei die politische Debatte beim Geschäftsbereich wieder auf. Gegen die Ausführungen Winnigs polemisierten besonders Brandler, Chemnitz und Stittmann-Franfurt a. Main, letzterer allerdings teilweise zustimmend. Brandler sagte, Winnig setze bei seinen Betrachtungen voraus, daß Harmonie zwischen Kapital und Arbeit eintreten werde. Winnig wolle eine Annäherung an die Regierung und an die bürgerlichen Parteien unter allen Umständen; die Mehrheitssozialisten wollten die Regierung nicht bestreiten, sondern fördern, sich unentbehrlich machen. Winnig hat das Vertrauen in die revolutionäre Kraft der Arbeiter verloren, jetzt verliert die Arbeiterkraft das Vertrauen zu den Mehrheitssozialisten. (Widerstand.) Wir wollen an die Stelle der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft die sozialistische Wirtschaftsordnung setzen. (Zuruf: Wir auch!) Das Programm Winnigs führt aber nicht dazu, die Lebenskraft der Arbeiter zu entwickeln, um an Stelle des kapitalistischen den sozialistischen Staat erkämpfen zu können. Es kommt ein revolutionärer Kampf, ob Sie wollen oder nicht; die Arbeiterorganisation muß diesen Kampf fördern und nicht hemmen. Stittmann erklärt, er gehe mit seiner Meinung von der Winnigs in einer Reihe von Punkten ab, Stimme aber auch Brandler nicht in allem zu. Wie die zukünftige Gestaltung der Welt werde, wisse man noch nicht. Einen ewigen Frieden werde es nicht geben, da habe Winnig recht, solange die gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen der Völker beständen und nicht eine bestimmte einheitliche Weltordnung geschaffen sei. Europa könne sich aber für die Zukunft solche Katastrophen wie die gegenwärtige nicht mehr erlauben. Wenn Winnig glaube, daß wir das preussische Wahlrecht mit einer Handbewegung überwinden, dann überschähe er die Macht der preussischen Junkerklasse. Eine Umwandlung des Preussentums, die Winnig als notwendig halte, könne ohne eine ordentliche Verfassungsänderung nicht erfolgen. Die Klassengegensätze würden sich nach dem Kriege verschärfen, die Arbeiterklasse werde den Kampf um Fortschritt allein führen müssen. Die Spaltung in der Arbeiterbewegung sei keine Spaltung der Massen, sondern der Führer. Sie werde darum um so leichter überwunden werden, je stärker und wichtiger die Dinge auf die Arbeiterklasse eintreffen. Die nachfolgenden Redner stimmten den Grundanschauungen Winnigs bei. Im Schlusswort sprach Winnig eingehend die Einwendungen gegen seine Ausführungen. Im Grunde genommen drehe sich der Streit um

die Stellung zur nationalen Gemeinschaft. Die Kollegen, die nationale Gemeinschaftsgefühl vermischen, kommen sich sehr revolutionär vor, sie sind aber reaktionär. Der Offizier zeigt uns, was uns geschehen würde, wenn wir die Politik der Volksherrschaft nicht annehmen würden. (Sehr richtig!) Bezüglich der Klassengegensätze habe ich betont, daß sie nach dem Krieg schärfer sein würden als bisher. Wir haben aber auch gemeinsame Interessen mit den bürgerlichen Völkern. Wir haben z. B. ein gemeinsames Interesse an der vollständigen Überwindung der Kriegsschäden. Bei Ausbruch des Krieges war die nationale Interesse das größere, die andern Gegenstände mußten zeitweise zurücktreten. — Der Staat ist nur der Ausdruck der in ihm waltenden lebendigen Volksträfte. Je stärker die Arbeiterklasse ist, desto mehr wird sie dem Staat den Stempel ihres eigenen Willens aufdrücken. Die Politik des 4. August hat nicht die Reichstagsfraktion gemacht, sondern die Masse des Volkes; die Fraktion vollzog nur noch die Entscheidung, die die Masse schon vorher gefällt hatte. (Stimmung.) Es wird beschlossen, das Referat Winnigs als Probauflage herauszugeben. Der Verbandstag nahm nun den Bericht der Statutenberatungskommission entgegen, woran sich eine Spezialdebatte knüpfte. Ueber das Ergebnis der Beratung berichten wir zusammenhängend.

Gewerkschaftsbewegung.

Schneider.
In einer sehr gut besuchten Versammlung, die am 11. März stattfand, referierte Kollege Plog über: Erhöhung der Löhne für Militär-Vierungsarbeiten, die Handhabung der Ausweisarten und die Bedeutung der Anstaltungsarbeiten. Nach der Diskussion wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung der Schneider, Schneiderinnen und Näherinnen erkennt an, daß durch die Lohnregelung vom 1. Januar 1918 eine Verbesserung in der bisherigen Entlohnung für die Militärfertigungsarbeiten eingetreten ist. Sie ist aber, besonders für Aufstellungsgeld, Drillsche, Leinen- und Gefangenenarbeiten hinter den berechtigten Erwartungen zurückgeblieben und nicht in der Höhe erfolgt, daß damit der unbedingt notwendige Ausgleich für die verteilten Lebenshaltung geschaffen ist. Die Versammlung hält es deshalb für dringend erforderlich, daß das Vorkommisamt sich bereitfindet, die vorgenannte Vorkommisamt eine weitere Erhöhung einzutreten zu lassen, und die in diesem Sinne gemachte Eingabe des Verbandes mitentsprechend berücksichtigt. Hinsichtlich der Handhabung der Ausweisarten hat es besonders unangenehm berührt und Mißfallen erregt, daß in verschiedenen Fällen versucht wurde, Kolleginnen zu beeinflussen und zu veranlassen, in anderen Industrien oder der Landwirtschaft Arbeit zu nehmen, obwohl die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben waren. Es wird lebhaft begehrt, daß dem Bezirksamtschef für Heeresnäherarbeiten nicht vorher Gelegenheit gegeben wurde, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Für die Beschäftigung mit Heeresnäherarbeiten und die Erteilung der Ausweisarten hierzu wird als unbedingt nötig erachtet, daß auch fernere in loyaler Weise nach den bisher geltenden Grundrissen für die Verteilung der Heeresnäherarbeiten verfahren wird. Dasselbe sollte für die Anstaltungsarbeiten der Fall sein und diese vergebenden Stellen haben demnach mit ihren Näherarbeiten in erster Linie die russischen Arbeiterinnen des Schneidergewerbes und verwandter Berufe zu beschäftigen, und erst wenn weiterer Bedarf ist, die Gruppen 2 und 3 der Grundröße für die Verteilung der Heeresnäherarbeiten genannten Personen heranzuziehen. Das Schneidergewerbe hat bei diesen Arbeiten bisher nicht die ihm zu kommende Berücksichtigung und Beachtung gefunden; mit der zunehmenden Verminderung der neuen Militärarbeit muß dieses aber auf das bestimmteste verlangt werden. Dabei darf die Entlohnung nicht unzulässiger sein, wie bei neuen Militärarbeiten, und nicht hinter den Löhnen anderer Zustandsgruppen zurückbleiben.

Ferner beschäftigte sich die Versammlung noch mit den Forderungen auf Lieferung der Rüstgüter durch die Arbeitgeber und die Gewährleistung einer weiteren Teuerungszulage für das Wollschneidergewerbe. Hierzu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die bis zum äußersten gestiegene Knappheit der Rüstgüter machen es zu einer unerlässlichen Notwendigkeit, daß deren Lieferung in natura von allen Unternehmern in kürzester Zeit erfolgt. Da die Widerstände für deren Durchführung fast ausschließlich bei den einzelnen Maschinen- und bestimmten Ortsgruppen des Arbeitervorstandes liegen, so ist neben den Bemühungen der Verbandsteilnehmer auch die weitestgehende aktive Anteilnahme und Unterstützung der Verbandsteilnehmer durch die Militärlieferanten notwendig. Die Kollegen verpflichten sich deshalb, in allen Fällen mit Nachdruck von ihren Arbeitgebern die Lieferung der Rüstgüter zu fordern. Wo dem nicht entspricht, hat der Arbeitgeber die Verantwortung für die sich ergebenden Folgen zu tragen. Bezüglich der Teuerungszulage wird deren baldige Erledigung und ihre Erhöhung in dem Umfange erwartet, daß ein angemessener Ausgleich für die verteuerte Lebenshaltung erfolgt. Hierauf folgte Schluß der Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

N. S. 1. Redaktionsmäßig zugesprochene Klimentenrührstände verfahren erst in 30 Jahren. Da Gütergemeinschaft besteht, können die Gegenstände, soweit sie entbehrlich sind, gepfändet werden.

Das gute Niebeck Bier

Herings-Salat

sehr delikat, zum Vermischen mit Kartoffeln geeignet, als Zubrot gern gegessen, aus Herings, Nüssen, Zwiebeln u. dergl. hergestellt, empficht per Pfund **1.80**

Müllers Fischhaus

Leipzig, Windmühlenstraße 17. Tel. 1899.
Grosshandlung — Versand — Kleinverkauf

Möhren

gemischt, verk. in Zentnern u. in Pfunden
Fleischer Straße 53, Brodaltsh.

Chlorkalium 52%

vorzügliches Düngemittel für Kartoffeln und Gemüse, verkauft auch gestuerweise

Oekonomieverwaltung der Leipziger Westend-Baugesellschaft

R. Lindner, Elbner Str. 164. Sade mitbringen.

Elektrische Leitungsdrähte

Kabel, Litzen, Isolatoren
Bartelt, Berlin-Moabit, Lovetowstr. 21a. Tel. Moabit 7955

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich dreimal.
Bei Einkäufen bestens empfohlen.

| | | | |
|--|--|---|---|
| Automaten-Restaurants Ecke Neumarkt, Goldener Hirsch, Postautomat Mittagsessen von 30 Pf. an. Belgische Bröden à 20 Pf. Bier: Kaffee: Tee: Süsswain: Zigaretten. | Arletta, Kohlen Ferd. Graben, N., Tauchaer Str. 33 W. Staudt, Vo., Mühlgr. 21, Kirchstr. 18 Herrn Vogler, Sophienstr. 4b. Färbereien, Wäschereien | Kolonialwaren Otto Brücklein, Südstr. 66. Paul Kutschera, Kisch. Anstaltstr. 51 Osw. Mahling, L., Aurolienstr. 24. C. W. Möbius, N., Nürnb. Str. 42. E. Müller, L., Siemerlingstr. 2. Melihandlg. Kolonialw. | Schuhwar., Schuhen. Rosenberger, P., Gohlis, Linden- str. 18, Thalstr. 18. Photograph. Artikel Gebr. Grundmann, Burgstraße 13. Möbelmanufaktur Herrn Pommer, G., Hall, Str. 106. C. F. Gabriel, E., Reichstr. u. Goldsch. |
|--|--|---|---|

Verkäufe

Rote Plüschgarnitur, Tisch, Teppich, 300 Mk., zu verk. R., Albertstr. 58, II. Weinst. 14
4 Weißt. m. M., Kom. N. Tischsch., Tisch, Margaretenstr. 8, p. f.
Weine 4 Kr. 60, 2-10 Str. Traqtr., au d. Dörrienstr. 14.

Gelegenheitskäufe

in eleg. Kost., impr. u. seiden. Stoffm. u. M., inen, Röde, Ad. low. Kindergard. taufen Sie wir bekannt gut u. bill. bei Kummer, Reichstr. 14, Tr. B.

Gute Zither und Bett

zu verk. Dönhardt, Gustav-Adolf-Str. 57, L. r.

Feuerholz

geschlitten, zu verkaufen.
Gohlis, Endnerstr. 5.

Kaufgejuche

Schulranzen zu kaufen gef. Städt., Ferd.-Post-Str. 00, L. 1.

| | | |
|---|--|--|
| Uhrm., Goldwaren M. Kemski, N., große Ing.-Werkst., Nürnberg, Str. 6 | Molkereien Jos. Fritsch, Kiz., Wigandstr. 22 W. H. Herber, Eit., Doltzschstr. 11 Senef. Str. 4 | M. Schubert Tel. 19224 |
| Rauflus Pugonlose Traurlinge Rofolstr., Ecke Schuhmacherg. | Großschneider Karl Dillne, Kol., Drogon, Post- str. 1, F. Siegert, Kolonialwaren. | Schkeultz W. Zeuner, Huto, Müll., Markt- str. 1 |
| Schuhwar., Schuhen. Rosenberger, P., Gohlis, Linden- str. 18, Thalstr. 18. | Schneidfeld Krankenkassen- C. F. Gabriel, E., Reichstr. u. Goldsch. | Schneidfeld Krankenkassen- C. F. Gabriel, E., Reichstr. u. Goldsch. |
| Photograph. Artikel Gebr. Grundmann, Burgstraße 13. | Waren Richard Helmsold, Dufourstr. 24. M. Springer, N., L., Gz. Str. 37 | |

Telephonisch

können Apparate nur in ganz außergewöhnlich dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Niebeck-Telephonisch-Angebote, 1777 erlauben wir keine Garantie.
Expedition d. Leipz. Volksz.

Professor Unrat.

Roman von Heinrich Mann.

Die Künstlerin Fröhlich hatte sich beruhigt. Sie zeigte die kleinen Brillanten ihrem Kinde, lachte mit ihm und verließ: „Die alten Anhängel und Feststeckel sind alle für Mimi, wenn Mimi mal erst 'ne Misgitt braucht.“

Unrat frohlockte, weil die Schiller Vermögen nun „gefahrt“ waren. Allmählich ward er nachdenklich darüber, daß hier Schiller samt ihrer weitverzweigten Familie ein Schaden erwachsen war, der nicht aus Einperrung ins Abseits und nicht aus Verweisung von der Schule hervorging. Schaden und — trauu fürwahr — äußerlich Verderben ließen sich also auf andre Weise bewirken als durch Verweisung von der Schule. Auf jene, unvorhergesehene Weise . . .

In der Stadt und in ihrer Villa begann wieder das vorige Leben. Es fehlte an Verkehr. Bis zum Abend, wo man immer ins Theater und ins Restaurant mußte, lag die Künstlerin Fröhlich im Friseurmantel auf allen Möbeln umher. Unrat schlug vor, sie durch Unterricht im Griechischen ein wenig zu zerkleinern. Sie lehnte unbehaglich ab. Eines Abends in einem Lustspiel entdeckte sie in der aufstrebenden Köchin eine alte Bekannte.

„Das ist wohl Gott Gedwig Pielemann, daß sie die hier überhaupte nehmen, die konnte doch nie was.“

Darauf berichtete sie sofort eine Menge Anzüglichkeiten aus dem Leben der ehemaligen Kameradin. Und zum Schluß:

„Du, die muß uns besuchen.“

Die Pielemann kam, und die Künstlerin Fröhlich feste ihr, um sie zu blenden, kleine Fröhliche und Soupers vor. Nun lagen auf den Möbeln zwei Damen statt einer, rauchten u. d. erinnerten einander an schon besprochene Erlebnisse. Unrat sah mit schlechtem Gewissen zu, wie sie sich langweilten. Er fühlte die Verpflichtung einzugreifen, und blieb doch ratlos, überangst wie er war von schlechtem Sorgen. So oft es läutete, fuhr er vom Sitz auf und schielte ganz eilig an die Türkante. Den Damen fiel es auf, daß er niemals dem Dienstknaben erlaubte, die Tür zu öffnen.

„Entweder“, sagte die Künstlerin Fröhlich, „er will mich überreden, oder er betrügt mich.“ Mein alter Unrat hat es überhaupt fröhlich hinter'n Ohr.

Eines Tages kam ein Brief aus Hamburg, von den beiden guten Freunden. Sie wollten eine Herbstreise machen, zu Schiff an die spanische Küste und bis nach Tunis. Sie verlangten, daß Unrat und Frau mitkämen.

„Na also!“ verles die Künstlerin Fröhlich. „Das ist doch mal was.“ Wir reisen zu die Wilden. Du mußt mit Pielemann, schind Urlaub raus. Wir schminken uns alle braun, nehmen Bettdecken um, um ich seg mir mein Diadem auf, was ich noch hab von der Zeit her, wie ich Künstlerin war.“

Die Pielemann war halb gewonnen. Unrat ward nicht gesraunt. Man wunderte sich nur, daß er so wenig Begeisterung erriet. Er jag es hin, bis die Pielemann gegangen war; dann kam es endlich zu bescheiden Geständnissen. Es war kein Geld mehr da.

„Es nich die Möglichkeit!“ Professor muß doch Geld haben!“ rief sie an.

Unrat lächelte verlegen. Er hatte ja auch dreißigtausend Mark Ersparnisse gehäht. Sie waren dahin: Einkünfte, Zinsen, Vergütungen. Die laufenden Ausgaben hielten nicht Schritt mit Unrats Pension: sie waren ihr weit voraus. Unrat kramte Mahnbriefe aus, die er an der Tür abgehängt hatte, von Lieferanten aller Art, Restaurateuren, Schneiderinnen. Er ersah sie gedemütigt und hohlerfüllt in den Schätzen, die er hatte lernen müssen, um das Ausstreuen des Gerichtsvollziehers hutzunehmen: nicht mehr für lange.

Die Künstlerin Fröhlich verhielt sich erschrockt und reumütig. Sie habe sich ganz gewiß nichts dabei gedacht. Recht habe es aber auch geschonnt, und die beiden Fahren könnten allein zu den Wilden. Heute Mittag solle es bloß Suppenfleisch geben, obwohl allerdings 'ne Gans schon überm Feuer sei; und zu Abend Schladwurst, und sie wolle nun auch wieder Griechisch lernen, weil das noch das Billigste sei. Unrat war gerührt, er versicherte, er kenne — freilich denn nun — sein Pflicht, der Künstlerin Fröhlich alles zu beschaffen, dessen sie benötige.

„Ach ja,“ sagte sie, „die Goldläuferstiefel für Hedja.“

Sie teilte sogleich der Pielemann schriftlich mit: „Wir haben kein Geld.“ Der Umstand brachte immerhin Bewegung in ihr Tafeln.

Die Pielemann entschied, Unrat müsse Stunden geben. „Wenn mein Mann hier nur nicht so gräßlich unbedarft wäre,“ meinte die Künstlerin Fröhlich.

Die Pielemann, stolz darauf, einen Dienst leisten zu können: „Ich schick ihm meinen Freund. Den kann er meinswegen rupfen, ich drück 'n Auge zu.“

„Vorzugen, den Weinhandler?“ Hände weg, das is 'n fröhlicher Schüler von Unrat, er hat mich schon mit angebetet. Du seist ihm recht, sagt er, aber dein Freund käme ihm nich ins Haus. . . . Un wenn ich ihn auch rumpfrie, Vorzugen wird sich hülfen und ihm in die Bänge laufen.“

„Du kennst mich schlecht,“ entgegnete die Pielemann. „Ich stelle die Vertrauensfrage: entweder oder.“

Es ward Unrat mitgeteilt, der Weinhandler Vorzugen wisse Griechisch lernen, wolle er griechische Weine verkaufen, und Unrat solle ihm Stunden geben. Unrat geriet zunächst in fliegende Unruhe, aber erbrachte keine Belagerung vor. Er sprach erregt und mit lächelndem Lächeln von den zahlreichen Berechnungen und Aufschneidungsverlusten des Schiller's Vorzugen, von den Gelegenheiten, wobei Vorzugen ihm seinen Namen gegeben hatte, ohne daß Unrat ihn jemals hatte „fassen“ können.

„Ei, ei,“ bemerkte er dazwischen, „noch ist nichts verloren.“

Darauf:

„Du erinnerst dich wohl, meine Liebe, des bei unsrer Ehe-schließung herrschenden Lärmes, des Paukens, der unsern Wagen begleitete.“

„Ja ja, sah man,“ machte die Künstlerin Fröhlich, denn die Erwähnung dieser Vorgänge im Weisheit der Pielemann verärgerte sie Unrat, ohne sich hülfen zu lassen:

— der Notte, die vor dem Standesamt — immer mal wieder — löstete und Revendinge trieb, und insbesondere des Riesels, der beim Einsteigen seine weiße Altarrobe beschmutzte. Nun wohl! es steht unerschütterlich fest, daß unter die jugendlichen Attentäter gerührt, und meinen Namen in die Liste hinausgeschmettert, auch der Schiller Vorzugen sich damals mit Schmach bedeckt hat!“

Dem werd ich es mal zu verstehen geben!“ erklärte die Pielemann.

„Ich habe ihn leider nicht fassen können,“ fuhr Unrat fort. „Ich vermochte nicht, es ihm zu beweisen. Jetzt aber soll er Griechisch lernen. Gar manchen konnte ich nicht fassen. Daß sie doch alle Griechisch lernten!“

Darauf stellte Vorzugen sich ein und ward milde behandelt. Wegen jedes schwebenden Heftes oder Bleistiftes rief Unrat die Künstlerin Fröhlich herein und verwickelte sie in eine Unterhaltung. Zuerst mußte sie dem Schiller Vorzugen ihre Kenntnisse im Griechischen vorführen, dann glitt das Schwäch zu modernen Dingen. Der

Schiller Vorzugen war eingetreten mit dem Anspruch auf überlegene Fronte. Er ließ ihn rudweise fallen, als er die Künstlerin Fröhlich in so freier und maßvoller Annuit sich zwischen ihren Möbeln kitzelnden Stills bewegen sah; als er sie besser gekleidet fand als seine eigene Frau, die sich im Theater jedesmal entschuldigt hatte über die Künstlerin Fröhlich; als es ihm ankam, daß eine leichte Schminke, ein Anzug von Dirnenzarten und mehrere Messerspitzen Komödianterei das Familienspiel eigentümlich wirkten. Dieser Schanmops von Unrat! Auf diese Weise brauchte man allerdings weder in den Klub noch sonstwohin. Und kost seiner anfänglichen Hof-fahrt bekam Vorzugen vor dem Ehepaar Unrat etwas Niedrigst-hellerisches.

Er erlangte die Erlaubnis, das nächste Mal etwas von seinem Wein mitzubringen. Er brachte außerdem eine Pastete, und ein kleines Fröhlich erlebte die griechische Stunde. Wenn draußen etwas zu besorgen war, ging jedesmal Unrat. Er ging zuerst nach einem Pfropfenleher und später, als man getrunken hatte und der Schiller Vorzugen angeheitert war, nach vielen andern Dingen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater (Tiefland, Flauto solo, die Abreise). — Die Eugen d'Albert-Woche ist mit der durchweg sehr anerkannt-würdigen Aufführung der früheren Werke des Komponisten zu Ende gegangen, der heute in strapelloser Weise dem Gefallen der Masse an brutalen, nervenerregenden, unter knallige und schmalzige Musik gesetzten Stücken entgegenkommt, vor einem Dutzend Jahren aber noch mit seinem kräftigen und seinen Talent auf künstlerische Art wucherte. Im Tiefland paßt er den äußerlich geschickten, wenn auch theatralischen Text Rudolf Lothars zwar lediglich von der hübschenmäßigen Seite an, aber mit der festen Hand eines sicheren Gestalters, dem den Kern der Sache treffende prägnante Reithemen einfallen, die auch dem musikalischen Laien Eindruck machen, und eine ebenso allgemein verständliche handliche Vokalcolorierung gegliedert ist. Wir dürfen den Dingen da allerdings nicht auf den Grund sehen, aber die Misenerfolge dieses Werkes beruhen doch auf diesen Vorzügen des kräftig Opernhaften. D'Albert dirigierte am Freitag das Tiefland selber mit teilweise sehr raschen Zeitmaßen, die das im Stoff liegende thematisch aufgebaute Sentimentale nicht so zum Ausdruck kommen lassen, wie wir es sonst gewöhnt waren. Rudolf Jäger hatte als Pedro einen guten Tag. Wenn dieser Sänger seine Kräfte zusammennimmt, so leistet er in einer seinem Weien entgegenkommenden Partie Treffliches. In der bekannten Besetzung mit Alwine Sanden und Soomer erweckte die Aufführung beim Publikum lebhaftesten Anklang. Der Wälfisch (Herzeling) hätte zur Feier des Tages aber selber singen können.

Eine herzliche Frische zeichnete die Reueinstudierung des musikalischen Lustspiels Flauto solo aus, das seit einer Reihe von Jahren nicht mehr gegeben worden ist. Die Trug die besonders fetter angelegte, muntere und schelmische Pappina von Clara Hansen-Schultheis die ganze Vorstellung. Die Sängerin bot in dieser Rolle eine der schönsten und gefälligsten Ueberraschungen, die die Spielzeit bisher gebracht hat. Sie wird ohne Zweifel das Werk eine Weile zu halten vermögen, es wäre schon um den Verlust dieser prächtigen Leistung zu bedauern, wenn Flauto solo in dieser neuen Gewandung dem Publikum nicht öfter vorgeführt werden könnte. Auch ihre Um-gebung belästigte sich sehr frisch. Herr Kapoll steht es freilich an Stimme, aber sein deutlicher Appellmeister war wenigstens ein flottes, forscher Karl. Müller, Rißmann, Pösson boten ihr Vorges. Die Regie (Dr. Vert) gab ein paar sehr hübsche Gruppenbilder hübscher Vokalos, und die beschwingte Hand Otto Hofes hielt Dre-cker und Sänerer aufs beste zusammen. So gewann dieses 1905 zuerst gegebene Werk einen sauberen und feinen Anstrich und einen Erfolg, der den früheren weit übertraf. Vielleicht macht diese Neuaufnahme Schule und verhilft dem hübschen Einakter im deutschen Opernspielplan seine gebührende Stellung. D'Albert musiziert hier zwar nicht so ungezwungen wie in der Abreise, aber doch in einigen Szenen ungemein graxios und unterhaltend. Die Dichtung Hand von Wolzogen leidet an ihrem Grundbau der gewöhnlichen Kom-struktion, aus einer halb fabulösen, halb historisch-höfischen An-trigen- und Sacherzählweise heraus um welche und deutsche Kunst das Land verschöndern gleichen Strebens zum Guten schlingen zu wollen. Dieser Tenenz gegenüber hat es auch der Komponist nicht leicht. Eugen d'Albert vermochte aber damals noch seine Erfindung geblühig anzupacken. Er meistert sie reichlich, bietet aber auch viel Reizvolle. Etwas, namentlich in der letzten, rhythmisch leben-digen Fiktion der Konversation. Was er an liebhaftem, an Tänzen und hroter Schnadahlpfän zu liefern weiß, ist musikalisch ebenfalls frisch und ammutig empfinden. In der Geschichte der neueren Oper wird dieser vorname d'Albert, dem wir eine fröhliche Aufrechterhaltung wohl verabschieden wünschen, mit dem Flauto solo und der jetzt zwanzig-jährigen Abreise, die in ihren Vorzügen bereits vor kurzem gerühmt werden konnte, eine bleibende Rolle behalten.

Altes Theater (Julia, Trauerspiel in drei Akten von Friedrich Hebbel). — Schauspielhaus (Der lebende Leichnam, Drama von Leo Tolstoi). — Die beiden Stücke, die am Sonnabend zu gleicher Zeit im Alten Theater und im Schauspielhaus gegeben wurden, liegen weit auseinander und haben doch Gemeinsames. Der Plan, eine dramatische Komödie Der Leichnam zu schreiben, kam Tolstoi am 28. Dezember 1897, wie wir aus dem ersten Bande seines bei Georg Müller in München in deutscher Uebersetzung erschienenen Tagebuchs wissen; begonnen und beendet wurde aber das Stück, das weniger ein festgefügtes Drama als eine Szenenfolge ist, erst im Jahre 1900. Der Plan, die Julia zu schreiben, kam Hebbel etwa gleichzeitig mit der Arbeit an Maria Magdalena, die sie ergänzen sollte; vollendet aber wurde sie 1847, veröffentlicht 1851. Tolstoi war, als er den Leichnam plante und schrieb, mit seiner Stellung zur Gesellschaft im Klaren; er schrieb sie als innerlich gefestigter Revolutionär, der nur als Privatmann mit der belächelnden Gesell-schaft partiierte. Hebbel begann die Julia, als er sich anerkennend der Gesellschaft stehend stellte, seine Heimat, mit den Worten des verbannten Coriolan zu sprechen, „unter dem Firmament“ sah, in seiner Dramen das „Denker“amt an der Gesellschaft liebte, vollendete sie aber, als er nach seiner Deirat mit der Schauspielerin Christine Engßam sich in und mit der Gesellschaft einrichtete. Als Tolstoi den Leichnam schrieb, fühlte er sich nicht mehr als Künstler und Dichter; er setzte nur nebenher die in früheren Jahren erworbene und geliebte Fertigkeit künstlerischen Schaffens fort. Hebbel dagegen, als er die Julia plante und schrieb, fühlte sich durchaus als Dichter, rang er die ihm eigene künstlerische Form. Tolstoi schilderte russische Ver-hältnisse seiner Zeit unter dem Gesichtswinkel seiner reformatori-schen Ideen, Hebbel wollte gemeineruropäische Zustände künstlerisch bewältigen.

Trotz dieser Verschiedenheiten ergeben sich Verähnlichungspunkte, insofern Hebbel im europäischen Römementum stand, als er die Julia plante, Tolstoi einen russischen Römementum schilderte, ihn als Römementum an der russischen Gesellschaft Gerichtet gegen sich. Sein Hedja Protassow, der der Geburt nach der herrschenden Schicht der russi-schen Gesellschaft angehört, fühlte sich dem Leben dieser Schicht fremd.

Für ein Mitglied dieser Schicht gibt es nach seiner Meinung drei Möglichkeiten, sich zu ihr zu stellen. Entweder er kann in ihr leben, ein Amt bekleiden, Geld verdienen und den Schmutz, in dem sie lebt, vermehren, oder er kann diesen Schmutz bekämpfen, auf Umgestal-tung des Lebens hinarbeiten, oder er sucht zu verweisen, wird lieber-lich, trinkt und singt. Das letzte ist Hedjas Fall; er sieht zu klar und ist zu schamhaft, um nach den Grundfäden seiner Gesellschaftsklasse zu leben, er ist nicht der Held, um den Kampf gegen sie mit Energie zu führen, im Gefühl seines Ausenstehens und seiner Schwäche treibt er den Untergang zu, ohne die Kraft zu haben, das Ende selbst her-beizuführen. Mit andern Worten, er ist in seinem Leben wie in seiner Kritik Römementum, d. h. ein Mensch, dessen Energie weder in Bewegung, gesetzt wird durch die Aussicht, in der herrschenden Gesellschaft zu leben, noch durch die, sie erfolglos zu bekämpfen.

Kommen wir nun zu dem Hedja, wie er sich in der Julia dar-stellt, so finden wir hier Varianten der drei von Hedja aufgestellten Gesellschaftstypen vertreten. Da finden wir einmal den deutschen Grafen Vertram, der aus Unlust an dem Geiste seiner Gesellschafts-klasse sich Ansdchweifungen ergehen und seinen Körper ruiniert hat, das Ende herbeiseht, es aber nicht selber herbeizuführen vermag — einen deutschen Hedja. Daneben taucht der andre Typ auf, der die Gesellschaft bekämpft, um bessere Zustände zu schaffen. So einer war der Italiener Tobaldi, der sich später gewandelt hat, aber noch be-kennt, daß er kämpfen wolle, sobald sich ein aussichtsreicher Weg zur Reformierung zeige. Es ist Hebbels Schwäche, daß er diesen Typ in Reineheit nicht erkennt und ausstößt; er sieht den politischen und sozialen Reformirer seiner Zeit fremd gegenüber. Dafür steht er den Typ, der sich harr an die Grundfäden der herrschenden Gesell-schaft hält. In solch einen Menschen hat sich der ehemalige Revolu-tionär Tobaldi gewandelt, der nach der Art der Enttäuschten zum Konstatler der Penitenz geworden ist. Er ist auf Umwegen zu der starren Selbstgerechtigkeit und Borniertheit des Meisters Anton ge-angt, der in dem bürgertlichen Trauerspiel Maria Magdalena seine argen die Stillschlichkeit ihrer Klasse verstoßene Tochter in den Tod irt. Tobaldi verurteilt seine Tochter Julia, die dem Recht der Leidenschaft gefolgt ist, zum bürgertlichen Tode. In ihm gesellen sich endlich Grimaldi und Antonio, Vater und Sohn, die beide mit der Gesellschaft im Kampf liegen, aber nicht als Hedja. Sie sind beide im Grunde Varianten des Typs Hedja. Hedja hat bei seiner Charakteristik der drei Typen eine Spielart des dritten Typs ver-essen, die einzigen nämlich, die zwar Schwächlinge geworden sind, deren Energie sich aber noch zu flackernden Verzweiflungskämpfen gegen die Gesellschaft aufrafft. Grimaldi und Sohn sind in der Verzweiflung „Männer“ geworden, und sie stehen als solche in der deutschen Literatur erlauchten Typen nahe, dem Cugantino in der profanischen Fassung von Goethes Claudine von Villabella, vor allem natürlich Schillers Karl Moor und ihrer ganzen weit verzweigten Sippe.

Während aber Tolstoi seinen Typ Hedja folgerichtig durch-dreht und ihn sich schließlich einen Tod geben läßt, der seiner Art entspricht, verändert Hebbel im Verlaufe des Dramas seinen Standpunkt. Während er anfangs seine Menschen hauptsächlich in ihrem Verhältnis zur bestehenden Gesellschaft schildert, schafft er sich schließlich die Möglichkeit, drei von ihnen, Julia, Vertram und An-tonio, in eine Lage zu versetzen, in der sie frei von den Fesseln der Ge-sellschaft sind und sich rein als Menschen untereinander abfinden können. Das erreicht er dadurch, daß er Vertram die geschwängerte, verlassene Julia heiraten und auf sein Schloss führen läßt, wo ihr die Gesellschaft nichts mehr anhaben kann und sie nun in der Lage ist, zwischen dem Vater Vertram, der kein Gattenrecht beansprucht, und Antonio, dem Räuber, dem wieder auftauchenden Verführer zu wählen, dessen Treulosigkeit ersichtlich wird. Die drei retten sich zusammen auf eine Insel im Meer der Gesellschaft, wo sie in Sicher-heit ihr Menschentum entfalten können.

Vergleicht man nun die beiden Stücke miteinander, so kommt Hebbels mit der ihm eignen freigen gedanklichen Konsequenz aufgebautes Drama weit schlechter weg als Tolstois lockere Szenen-folge. Bei Tolstoi Einheitlichkeit des dichterischen Standpunkts, bei Hebbel Zweispaltigkeit. Bei Tolstoi Wirklichkeitstreue aus ne-nauester Kenntnis der geschilderten Gesellschaftssphäre heraus, bei Hebbel abenteuerliche Verwicklungen der Geschichte infolge der zu-tage tretenden Unfähigkeit, das viel weiter geipante Bild der europäischen Gesellschaft seiner Zeit klar zu charakterisieren, wes-halb es denn in die Gefahr gerät, öfter unfreiwillig komisch zu wirken, namentlich in allen, was mit der Märderromantik zusammenhängt. Die gesellschaftliche Psychologie bei Tolstoi sicher, bei Hebbel gezwungen. Dafür freilich ist Hebbel in der feinsten Schild-derung der Einzelpersonen vielseitiger, aber auch gewalttamer, we-niger überzeugend.

Hebbels Werk wird daher auch kunstgerecht in der Haupt-sache als Zeugnis seines künstlerischen und menschlichen Wertes in-teressant bleiben, während Tolstois Werk ein ergreifendes menschl-liches Dokument und ein erschütterndes Bild des russischen Lebens vor der Revolution bleibt. In der Aufführung wirkte Hebbels Drama ungeführt so wie früher Abfense Stücke, als sie dem Pub-likum noch fremdartig waren und die Schauspieler vor allem die Bedeutbarkeit der Gedanken und Gedankenverwicklungen betonten. In dieser Beziehung war die Aufführung vorrefflich. Stieler und Körner standen wieder in charakteristischem Vorgesang. Körner trat in der Betonung des fanatischen Grundtons in Tobaldi, ungenügend in der Bewältigung der äußeren Erscheinung, da er nicht die Fähig-keit hat, reflexlos in die Gestalt des Greises zu schlüpfen. Stieler un-gefehrt ausgezeichnet als Vertram in der Gestaltung der äußeren Form des „ausgeleierten, todesbedürftigen“ Schwächlings, aber un-genügend in der „Mutter“ der Gestalt, im Anklingenlassen des Ge-fühlsstroms, der die Gestalt zusammenhält, in der Diktion aus-Deutschheitsfanatismus überhart, bis zur unfreiwilligen Komit mit erhebendem Zeigefinger arbeitend. Drunken im Schauspielhaus dagegen Wolff als Hedja voller Wut, nicht bloß in der Sprache, sondern im ganzen Akutismus der Gestaltung, auch das Gedankliche und Anklägerische dem Ganzen ungezwungen einfließend. Im übrigen stand die Aufführung des Schauspielhauses diesmal stark im Schat-ten des Gastes, Mittag und Nora Ritsch in der Erfassung des menschlichen Grundtons ihrer Aufgaben ganz ungenügend. Geleibt interessant wie immer, aber zu sehr seinen Trunkenbold als lu-riose Figur stehend. Im Stadttheater am Schluß Intendanten-fuldigung, im Schauspielhaus Wolffbegeisterung. gm.

Der Verlag von Duncker u. Humblot in München und Leipzig bereitet ein auf 12 Bände berechnetes politisches Nachschlagewerk großen Stils vor unter dem Titel Hebbels weltpolitisches Lexikon. Das Werk, das nichts als Tatsachen, keine Meinungen enthalten und nicht irgendwie parteipolitisch gefärbte Gesichtspunkte ein-nehmen soll, wird „alle Tatsachen politischen Lebens und Ge-schehens aller Zeiten bis zur jüngsten Gegenwart, aller Völker und Staaten umfassen“. Insbesondere sollen alle politischen, völker-rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen des Welt-triebs lückenlos gesammelt und geordnet werden. Ein politisches Schlagwörterbuch soll das Werk ergänzen. —

Eingelaufene Schriften.

Ernst T a u m i g, Freier Volkstatistik. Ein Wegweiser zur echten Nächstenliebe und freien Menschenwürde. Berlin D. 27, A. Hoffmanns Verlag. Preis 50 Pf.

